

Besprechungen

Schilling, Kurt: *Geschichte der sozialen Ideen*. Individuum, Gemeinschaft, Gesellschaft. (Kröners Taschenausgabe Band 261.) Stuttgart 1957. Alfred Kröner Verlag. 411 S.

Dieses Buch ist in mehrfacher Hinsicht besonders bedeutsam. Zunächst mag erwähnt werden, daß es insofern in gewisser Weise den Rahmen überschreitet, den sich die auch sonst so überaus verdienstvolle Buchreihe von Kröners Taschenausgaben gestellt hat, als es nicht wertvolle alte Texte, sondern neue Forschungsergebnisse publiziert. Zwar ist der Gegenstand vorwiegend vergangenen wesentlichen Werken der sozialphilosophischen Tradition gewidmet, aber das Buch behandelt diese doch aus den unmittelbaren Problemen, man kann auch sagen: Sorgen der gegenwärtigen gesellschaftlichen Wirklichkeit heraus.

Sodann ist es das Werk eines Philosophen, der zwar als Geschichtsschreiber der Philosophie bedeutende Arbeiten veröffentlicht hat, ohne sich mit diesem Buch aber in den gewohnten Formen der Geschichtsschreibung der Philosophie „in sich selbst“ zu bewegen. Es wird bewußt, eindringlich und mit einleuchtendem Erfolg versucht, die Philosophie mit ihren Gedanken in einem inneren Zusammenhang mit der lebendigen, eben immer auch „gesellschaftlichen“ oder „sozialen“ Wirklichkeit ihrer Zeit zu sehen. Das Verdienst eines solchen Werkes, gerade aus der Feder eines sonst auch in der überkommenen Weise der Philosophiegeschichte anerkannten Gelehrten, kann gar nicht hoch genug geschätzt werden. Man möchte sagen, daß der Mephistophelische Sarkasmus — „und ringsherum ist schöne grüne Weide!“ —, gegenüber der „grauen Theorie“ hier von einem berufenen Fachgelehrten Lügen gestraft worden ist.

Schilling legt sich dabei die Beschränkung auf, sich vorwiegend auf den europäischen Kulturzusammenhang zu begrenzen, und er schließt bewußt und absichtlich die indische und chinesische Philosophie z. B. aus. Das ist ohne Frage durch den Umfang des Werkes, kaum durch die Kapazität des Autors nahegelegt. Es wäre zu hoffen, daß bei anderer Gelegenheit oder für eine künftige Neubearbeitung dieses Werkes diese Grenze überwunden oder fallen gelassen werden wird. Denn der Gedankenansatz und die Behandlungsweise lassen erhoffen, daß von dem Autor auch und gerade für die gelegentlich doch wohl etwas zu sehr in ihre eigenen und etwas schwächlich gewordenen Probleme versponnene Denkweise der europäischen Philosophie von den „globalen“ Problemen der Sozialphilosophie her wertvolle Erkenntnisse zu erwarten sind. Wir erinnern uns, daß alsbald nach der Wiedereröffnung der Deutschen Hochschule für Politik in Berlin — in einem be-

deutungslos scheinenden „Nebenfach“ — auch und fast ausschließlich die indische und chinesische Philosophie unter ähnlichen Fragestellungen behandelt worden war und außerordentlich großes Interesse gefunden hatte. Die jüngeren Studierenden, gerade auch auf dem Gebiete der Politik, haben offenbar durchaus den Wunsch, sich auch über die in einer Jahrtausende alten Tradition begründeten geistigen Grundlagen der tiefen Wandlungen in der östlichen Welt ein Urteil bilden zu lernen. Vielleicht läßt es sich ermöglichen, daß der Autor einen zweiten Band diesem so verdienstvollen ersten folgen läßt, in dem er — bei allen bekannten Schwierigkeiten der Untersuchung — auch die außereuropäischen sozialphilosophischen Theoreme ähnlich wie in dem vorliegenden darstellt. Die in so kurzer Zeit neuestens vollzogenen Wandlungen dürften es insbesondere auch nahelegen, den Einflüssen der arabischen Welt und Philosophie auf das deutsche Mittelalter und den Fragen einer möglichen Verständigung von daher nachzugehen. Es möchte scheinen, daß trotz der großen Fülle hervorragender philosophiegeschichtlicher Darstellungen in dieser Hinsicht noch große Aufgaben wie auch Möglichkeiten offen sind.

Sodann ist es natürlich besonders bemerkenswert, daß ein Philosophiehistoriker dieses Ranges von den Bemühungen der deutschen „Soziologie“ nicht nur Kenntnis nimmt, sondern diese auch in sein wissenschaftliches Instrumentarium hinein aufnimmt. Vielleicht würde es möglich sein, bei einer künftigen Neufassung und Ergänzung dieses Werkes auch den weiteren Reichtum soziologischer Kategorien mit fruchtbar zu machen, den die Soziologie, keineswegs etwa nur Deutschlands, entwickelt und wissenschaftlich fundiert hat. Zwar kommt der Autor selbstverständlich etwa nicht ohne die Kategorie der „Herrschaft“ aus (S. 221), aber auch zu dieser sind doch in der wissenschaftlichen, grundsätzlichen, nicht allein erfahrungsmäßigen soziologischen Literatur noch eine Menge anderer Kategorien getreten. Es dürfte doch recht interessant sein, für die philosophischen Sozialsysteme — wie gesagt, nicht nur Europas — zu untersuchen, wie diese Kategorien sonst im philosophischen Zusammenhang gesehen und interpretiert werden. Wobei es nicht minder charakteristisch sein dürfte, festzustellen, welche Kategorien nicht gesehen oder nur flüchtig erwähnt werden. Die inzwischen erschienene Literatur könnte dem Verfasser hier Hilfe leisten. Immerhin darf nicht übergangen werden, daß der Autor kategorisch erklärt: „Seit dem Ende des 18. Jhs. ist kein sozialer Gedanke mehr zutage gefördert worden, der nicht schon im Material der Philosophiegeschichte gelegen hatte und höchstens zeitweise verdeckt oder vergessen war. Das gilt sogar für die politischen Parteien und ihre geistige Herkunft wie die moderne wissenschaftliche Soziologie. Das unübersehbare empirische Detail der Wissenschaft, das mit immer größerer Sorgfalt und Genauigkeit ausgebreitet wird, macht manchmal den Eindruck von sauber präparierten Blüten und Blättern, die Blinde aus einem Lande mitbringen, das sie nie gesehen haben“ (S. 288 f.). Es wäre vielleicht gerecht, wenn der Verfasser sein Augen-

merk nicht nur auf die sich speziell empirisch nennenden Gesellschaftsforschungen richten, sondern auch weiter ausgreifenden Untersuchungen zuwenden wollte. Im übrigen mag sein Urteil dahingestellt bleiben. Keinesfalls freilich dürfte es genügen, wenn als die beiden Grundkategorien der Sozialerkenntnis prinzipiell nur „Gemeinschaft“ und „Gesellschaft“ in der Auffassungsweise von Tönnies als sein Verstehensprinzip betont werden. Der Autor tut dies bewußt und ausdrücklich, aber er bleibt damit hinter dem Stand der neueren Soziologie selbst nur in diesem Lande zurück.

Seinen eigenen Begriff der „sozialen Idee“ bestimmt der Verfasser in folgender Weise: Er unterscheidet einen allgemeinen und einen spezielleren. „Im allgemeinen Sinn kann man eine soziale Idee die Planung überhaupt nennen, durch die eine Gruppe von Menschen zusammengefaßt wird, so daß sie in der gemeinschaftlichen Lösung ihrer Aufgaben sich selbst erhält. Und zwar so zusammengefaßt, daß entweder mindestens Einer oder aber Viele oder Alle irgendwie bewußt am Ganzen teilnehmen können“ (S. 14). In einem engeren Sinn ist demgegenüber gemeint „das Nachdenken über eine bereits bestehende, geprägte soziale Gemeinschaft oder den rein denkerischen, philosophischen Entwurf einer neuen Sozialordnung innerhalb einer bereits bestehenden geschichtlichen Gemeinschaft mit dem Ziel ihrer Befestigung, Korrektur oder Beseitigung und Herstellung einer anderen“ (S. 15). In diesem Sinn stellt Schilling die „vier klassischen Sozialideen der Neuzeit“ dar, mit deren bloßer Aufzählung in dieser Buchanzeige dem Leser nicht gedient sein würde. Zumindest sollte der an einem gründlicheren Verständnis der neuesten Zeit interessierte Philosoph oder Sozialforscher die Zusammenfassung auf S. 287 ff. studieren.

Allgemein ist zweierlei festzuhalten. Der Verfasser gibt dem Sozialdenken, auch in seiner philosophischen Form, durchaus den Primat vor dem bloß „materiell“-technischen usw. Er beweist dies an dem Beispiel der Politik, die für ihn in dem Denken des Macchiavelli eine eigene „Sozialidee“ entwickelt hat. „Technik, Kalkül und Beherrschung der Situationen in der Politik waren viel früher als die eigentliche Technik der Maschinen“ (S. 209). Zweitens aber ist es nicht zu verkennen, daß der Autor gegenüber der Gegenwart im engeren Sinn nicht sehr optimistisch ist. Er erkennt ihr keine neuen, produktiven Sozialideen zu. Mit Nietzsche schließt die Entwicklung eigentlicher Sozialideen in der modernen Philosophie für ihn ab. Was seit ihm entwickelt worden ist, gilt für Schilling im wesentlichen als Nachbildung, Umbildung und Verbindung überkommener Gedanken, analog wie die moderne Gesellschaftsstruktur sich in langer Vorgeschichte herangebildet und seit dem Beginn des Industrialismus keine prinzipiell neuen Sozialformen entwickelt hat.

Zumindest für den behandelten Zeitraum und für das Verständnis der Geschichte der europäischen Philosophie im Zusammenhang mit der gesellschaftlichen Realität kann das Buch von Schilling nicht genug empfohlen werden. Es führt ebensosehr die Philosophie aus dem

engeren Kreis ihrer gelegentlich stark in sich selbst verfangenen Problematik heraus und zeigt ihre wirkliche Lebensbedeutung, wie es jener völlig geistlosen Auffassung der gesellschaftlichen Wirklichkeit entgegenwirkt, die als wiedergekehrter Positivismus das Ende von allem bedeutet, was überhaupt jemals erkenntniskritisch sinnvoll in der europäischen Wissenschaft als Sozialwissenschaft und Soziologie lebendig war. Im übrigen ist dieses Buch ein Anfang. Es wird notwendig sein, in vertiefter Weise zu erklären, was mit einem „Ideellen“ in der sozialen Realität und in der Gesellschaftserkenntnis auf eine genauere Weise gemeint sein und wie es in der gesellschaftlichen und sozialen Realität selbst überhaupt möglich und mitgestaltend wirksam sein kann. Ebenso werden sich ohne Frage eine Fülle von Untersuchungen ergeben, die die Philosophie auf ihren sozial bedeutsamen Gehalt hin und im Hinblick auf ihre unmittelbare sozialbestimmte wie sozialbestimmende Bedeutung hin untersuchen. Auch das Buch von Carl Schmitt-Dorotić über die „Politische Romantik“ hat, neben anderen, ja früher bereits in dieser Richtung einen Weg gewiesen. Die hauptsächlichste Schwierigkeit wird darin bestehen, daß weder die Gedanklichkeit der Philosophie auf außergeistige „Realitäten“ hin „relativiert“, noch diese als bloße Ausfolgerung geistiger Konzeptionen „ideologisiert“ oder romantisiert werden dürfen. Das Werk von Schilling ist keiner dieser beiden möglichen Gefahren erlegen.

Da Bücher wie die Taschenausgaben des Verlages Kröner, mit einer weiten Verbreitung über den Kreis der Gelehrten hinaus rechnen können, ist es besonders nützlich, daß zu den einzelnen Kapiteln des Buches weiterleitende Literaturangaben gemacht worden sind. Es wäre in dieser Hinsicht vielleicht noch einiges zu wünschen. Erwähnt werden mag nur, daß anscheinend die Korrekturen dieses Teils nicht sehr genau gelesen worden sind. Das zitierte „Handbuch der Soziologie“ des Verlages Enke ist nicht 1935 erschienen, sondern 1955/56 (S. 383). In diesem Fall ist das Erscheinungsdatum für den Leser nicht ganz ohne charakterisierende Bedeutung.

Werner Ziegenfuß - Berlin

Frauendorfer, Sigmund von: *Ideengeschichte der Agrarwirtschaft und Agrarpolitik im deutschen Sprachgebiet*. Band I: Von den Anfängen bis zum ersten Weltkrieg. München 1957. Bayerischer Landwirtschaftsverlag. 580 S.

Ohne Zweifel wird das deutschsprachige Schrifttum über Agrarwesen und Agrarpolitik durch diese ausgezeichnete Arbeit bereichert, die eine empfindliche Lücke schließt, weil es bisher keine Ideengeschichte der Agrarwissenschaft und Agrarpolitik gab. Die Arbeit, der sich Frauendorfer unterzogen hat, verlangt die Durcharbeitung und Sammlung eines großen Schrifttums, das beinahe die Arbeitskraft des Einzelnen zu übersteigen droht. So hat sich der Verfasser entschlossen, nur den ersten Band selbst zu bearbeiten, den zweiten aber in die Hände von Dr. Heinz Haushofer zu legen.

Der vorliegende erste Band stellt eine geschlossene und wohl gelungene Darstellung des wissenschaftlichen und politischen Agrardenkens von der Vorzeit bis zum ersten Weltkrieg dar. Der Schwerpunkt der Schilderung liegt naturgemäß auf der Zeit vom Auftreten Thaers und Thünens bis zum Jahre 1914, also im 19. und dem ersten Zehntel des 20. Jahrhunderts. Die Jahrhunderte vorher bezeichnet der Verfasser bis zum Hochmittelalter als die vorwissenschaftliche Zeit und erst mit den Bauernkriegen beginnt, allmählich sich ausdehnend, das autonome Agrardenken. Daran schließt sich die Entstehung und Vervollkommnung der wissenschaftlichen Agrarökonomie. Ein ausführliches Schriftenverzeichnis, das aber bei dem großen Umfang des Gegenstandes keine vollständige Bibliographie sein kann, beschließt mit einem Namensregister den ersten Band. Leider fehlt ein Schlagwörterverzeichnis, das ein solch umfangreiches Werk für den Leser erst handlich macht. So darf hier wohl der Wunsch ausgesprochen werden, daß ein solches Verzeichnis für beide Bände gemeinsam dem zweiten Band beigegeben werden möge.

Die vorwissenschaftliche Zeit stützt sich ideologisch auf die Lehren der Kirchenväter. Das capitulare de villis und die sogenannten Breviarien haben zusammen mit Dokumenten über den kirchlichen Grundbesitz gewisse Einblicke in die agrarischen Verhältnisse des 8. und 9. Jahrhunderts gewährt. Ob man allerdings vermuten darf, wie es der Verfasser tut, daß damals die Realteilung des Grundbesitzes überall der Normalfall der Vererbung war, erscheint mir zweifelhaft. Die Seringschen Untersuchungen in Schleswig-Holstein sprechen wohl dagegen. Die Vererbungsgewohnheiten dürften vielmehr damals, wie auch heute noch, in den verschiedenen Gebieten Deutschlands sehr verschieden gewesen sein. Wahrscheinlich hat im Norden und im Nordwesten die geschlossene Vererbung überwogen.

Die entscheidenden Grundlagen für die moderne Agrarwissenschaft als einem geschlossenen Ganzen werden von Thaer und Thünen gelegt. Die wissenschaftliche Agrarpolitik, die zuerst von Rau ins Leben gerufen wurde, ist aber, wie der Verfasser nachweist, weniger durch Thaer und Thünen beeinflusst worden als durch die Bauernbefreiung und durch Adam Smith. So spaltete sie sich bald in eine konservative und in eine mehr liberale Richtung, und beide stießen heftig aufeinander, als durch die Bismarcksche Schutzpolitik die Agrarpolitik vor allem eine Politik der Agrarpreisstützung wurde. Dieser Politik aber lagen nicht nur ökonomische, sondern vor allem bestimmte ideologische und soziologische Momente zugrunde, die nicht allein durch die Kontroverse Freihandel oder Schutzzoll erklärt werden können. Hier vermisste ich doch eine eingehendere Darstellung der soziologischen Einflüsse und der ideologischen Gedanken, die vor allem den ostelbischen Großgrundbesitz in seinem ökonomischen Todeskampf, wie Max Weber diese Zeit nannte, beherrschte. Gerade diese soziologischen und ideologischen Momente gaben der praktischen und teilweise auch der wissenschaftlichen Agrarpolitik der damaligen Zeit bis weit in das 20. Jahr-

hundert hinein das Gepräge. Sie verhinderten, daß, entsprechend der Entwicklung Deutschlands zu einem großen Industriestaat, sich sowohl die Wirtschaftsgesinnung als auch die Wirtschaftsprinzipien in der Landwirtschaft wandelten. Das aber ist ein Moment, das noch heute für unsere gegenwärtige Agrarpolitik von Bedeutung ist. Weil bis 1918 zum mindesten der ostelbische Großgrundbesitz die führende Schicht nicht nur in Preußen, sondern in Deutschland überhaupt war, waren die betriebswissenschaftlichen Werke und auch die Vorlesungen auf den Universitäten und landwirtschaftlichen Hochschulen in dieser Zeit „durchaus von den Verhältnissen der großen Gutsbetriebe“ ausgegangen und hatten infolgedessen „auf die betriebswirtschaftliche und soziale Eigenart der lohnarbeitslosen bäuerlichen Familienwirtschaft so gut wie keinen Bezug genommen“.

Sehr interessant ist es, wie der Verfasser die starke Wechselwirkung zwischen Deutschland, Österreich und der Schweiz auf dem Gebiet des agrarwissenschaftlichen Denkens darstellt. In der Schweiz schrieb Laur 1907 die erste landwirtschaftliche Betriebslehre für bäuerliche Verhältnisse.

Wenn der Verfasser den Leser durch fast 1000 Jahre agrarwissenschaftlichen und agrarpolitischen Denkens führt, so folgt man ihm mit ungeteilter Spannung, weil er es versteht, die großen geistigen, wirtschaftlichen und historischen Züge der Entwicklung mit einander zu verbinden. Was hier geleistet worden ist, ist eine wissenschaftliche Tat, deren Bedeutung weit über den deutschsprachigen Raum hinausgeht.

Dennoch sei es mir nicht verübelt, wenn ich auf einige kleinere Ungenauigkeiten und Druckfehler hinweise. So konnte die Schleswig-Holsteinische Landschaft nicht schon „bald nach 1800“ an bäuerliche Betriebe Kredite gewähren, weil sie erst 1902 errichtet worden ist (S. 189). In einem wissenschaftlichen Werk von solcher Bedeutung sollte das Wort „liberalistisch“ nicht verwendet werden. Brentano würde sich heftig dagegen wehren, wenn er noch lebte, falls seine Einstellung nicht liberal, sondern liberalistisch genannt würde (S. 325, 406, 414, 421, 427, 518). S. 277 werden die Stände des Beestrowschen statt des Beeskowschen Kreises erwähnt. Ferner gibt es keinen Fürsten Wittgenstein-Berleberg, sondern nur Berleburg. Gustav Freytag stammt nicht aus Kreuzberg in Schlesien, sondern aus Kreuzberg in Oberschlesien, und schließlich ist der Fürst Metternich nicht erst 1873, sondern schon 1773 geboren.

W. M. Frhr. v. Bissing - Berlin

Werth, Emil: *Grabstock, Hacke und Pflug*. Ludwigsburg (Württemberg) 1954. Verlag Eugen Ulmer. 435 S.

Werth ist einer der wenigen noch lebenden Gelehrten, der mit seinem Geist und seinen Kenntnissen weit über den engen Rahmen des Spezialistentums hinausragt. Das zeigt auch sein Buch, in dem er eine Geschichte der Entwicklung der Landwirtschaft aus ihrem primitiven vorgeschichtlichen Keimen heraus gibt. Er hat uns damit ein

natur- und kulturgeschichtliches Werk von großem Wert geschenkt. Auch der Nationalökonom als Wirtschaftshistoriker und als Agrarpolitiker' wird aus diesem Buch viele Anregungen entnehmen, vor allem hinsichtlich der kulturellen und technischen Zusammenhänge, aus denen das heutige Bauerntum erwachsen ist. Werth stellt fest, daß die Landbaukultur in Europa aus dem südostasiatischen Pflanzenbauzentrum übernommen worden ist. Sie hat also nicht, wie vielfach angenommen wurde, ihren Ursprung in dem kühleren Teil von Europa. Aber das europäische Bauerntum hat das überkommene Erbe assimiliert und eigenkulturell weiterentwickelt.

W. M. Frhr. v. Bissing - Berlin

Altheim, Franz und Stiehl, Ruth: *Finanzgeschichte der Spätantike*. Mit Beiträgen von R. Göbl und H.-W. Haussig. Bildteil von E. Trautmann-Nehring. Frankfurt/Main 1957. Verlag von Vittorio Klostermann. 428 S.

Der Titel dieses Buches trifft in überraschender Weise nicht den Inhalt. Es handelt sich nämlich nicht um eine Finanzgeschichte der Spätantike, sondern primär um eine Darstellung der Finanzwirtschaft der Sasaniden, und das sogar mit dem Schwergewicht auf den letzten anderthalb Jahrhunderten der sasanidischen Geschichte. Auf der anderen Seite aber greifen die Verfasser weit über diese Themenstellung hinaus. So behandelt etwa das 8. Kapitel ausführlich die Münzprägungen im östlichen Iran, ein besonderer Exkurs (S. 257 ff.) befaßt sich mit der Gründung Bucharas, und ferner finden wir Ausführungen über kulturgeschichtliche Fragen (Neoplatoniker, Einflüsse aus China und Indien, Herrschaftszeichen, Dichtung usw. usw.), und ebenso enthalten die Beilagen (S. 251 ff.) nichts zum eigentlichen Thema. So ist es eigentlich unerfindlich, daß für diese teilweise sehr lockere Sammlung unterschiedlichster Spezialuntersuchungen über einen speziellen Kulturbereich ein derartig umfassender und unzutreffender Titel gewählt worden ist.

Aber wenn man davon absieht, so zeigt sich noch ein anderer Mangel, der genannt werden muß: Der Zusammenhang zwischen diesen einzelnen Teil-Arbeiten ist kaum und auf alle Fälle all zu locker hergestellt. Man sieht nicht recht ein, warum dies nicht möglich sein sollte.

Wie in der Einleitung gesagt, werden in den ersten Kapiteln gewisse Ergebnisse des Buches der Verfasser über den „Asiatischen Staat“ rekapituliert und durch neue Erkenntnisse ergänzt. Der Sozial- und Wirtschaftstheoretiker wird in diesen Teilen der vorliegenden Schrift die wertvollsten Abschnitte erblicken. Es ist schon eindrucksvoll, nachzulesen, welche leistungsfähige Finanzwirtschaft der spätsasanidische Staat entwickelt hat. Die Steueraufkommen übertrafen bei weitem die des zeitgenössischen Byzantinischen Reiches (S. 52 f. und S. 275). Sie waren so groß, daß sich die Möglichkeit umfangreicher Thesaurierungen ergab. Besondere Bedeutung kommt auch dem zweiten Teil zu, der die Zusammenhänge zwischen Staatshaushalt und

Heeresordnung aufzeigt, da ja die Steueraufkommen zu einem wesentlichen Teil militärischen Zwecken dienten. Das hinderte nicht das Aufkommen eines mächtigen Militäradels. Aus dem Rahmen herausfallend, aber doch interessant, sind die Ausführungen über die byzantinische Wehrordnung und speziell über die Soldatengräber (S. 82 ff. u. S. 96 ff.). Hervorgehoben seien ferner die Ausführungen über Mohammed (S. 115 ff.), wobei insbesondere dessen organisatorische und militärische Fähigkeiten herausgestellt werden (so Schaffung einer Truppe gepanzerter Reiter), und ebenso die Ausbildung einer gutdurchdachten Finanzwirtschaft durch den Propheten (S. 134 ff.).

Alles in allem also wird der Leser manche Belehrung erfahren, die auf Ausschöpfung arabischer Quellen durch die Verfasser beruht. Dafür sei ihnen gedankt.

F r i e d r i c h L ü t g e - M ü n c h e n

R u m p f , M a x : *Deutsches Handwerkerleben und der Aufstieg der Stadt*. Stuttgart 1955. Verlag W. Kohlhammer. 244 S., 106 Bilder.

Das Interesse Rumpfs galt dem „Gemeinen Volk“, wie er es oft formulierte; und dessen Geschichte zu schreiben, war ihm Herzenssache — nicht Sache des kühlen Verstandes. In seinem Band „Deutsches Bauernleben“, 1936 erschienen, hat er die Geschichte des Urstandes, dem sein vornehmstes Interesse galt, geschrieben, so wie er sie sah. Dem Handwerkertum als dem anderen Teil des „Gemeinen Volkes“ ist der vorliegende Band gewidmet, dessen Fertigstellung der 1953 verstorbene Verfasser nicht mehr erleben durfte, das also posthum erschienen ist.

Man kann zu den Büchern von Rumpf nur Stellung nehmen, wenn man ihn in seiner Grundkonzeption einfach akzeptiert. Es wäre sinnlos, sie unter dem Blickwinkel des Fachhistorikers und Fachsoziologen sehen und beurteilen zu wollen. In einer fast an Mystifizierung grenzenden Liebe umfaßt er diese Volksschichten. Dies aber nur auch wieder soweit, wie sie seinem inneren Bilde entsprechen, nämlich bis etwa 1848. Von da ab löst sich die Lebensform, die er darstellen will, auf, von da ab ist das „alte Gemeine Volk“ abgelebt, und er verliert das Interesse daran. Nur diejenigen Handwerker, die noch in der altüberkommenen Form wirtschaften, sind der „Kerntrupp“, nur bei ihnen ist der „Wesenskern“ unzerstört (S. 13).

Auch die Ausführungen in dem „Zehnten Hauptstück“ (S. 221 ff), die den letzten hundert Jahren und der Gegenwart gewidmet sind, stehen unter der Vorherrschaft dieser Betrachtungsweise. Sich mit ihr auseinanderzusetzen wäre nicht angebracht. Es genügt ein Hinweis auf das, was der Verfasser in dem selbst gezogenen Rahmen bringt. Und hier wird man das Entscheidende und Wertvolle in den Lebensbildern und Lebenszeugnissen sehen dürfen, die in mannigfacher Weise geordnet das gesamte Buch füllen. Das alles ist eine gute Auswahl, durch die das Handwerksleben — so wie der Verfasser es sieht und liebt — verdeutlicht wird. Eine Klärung von offenen

Fragen der Wirtschafts- und besonders der Handwerksgeschichte wird man von dem Buche nicht erwarten dürfen. Sicher ist es richtig, wenn der Verf., gestützt auf die Untersuchungen von W. Dexel, P. Mebes und W. Behrendt, darauf hinweist, daß die zwei Jahrhunderte zwischen 1648 und 1848 durchaus noch eine hohe handwerkliche Kunstfertigkeit, ein hohes Formgefühl usw. aufweisen, aber daß das Gemeinschaftsleben in den Zünften, die Beteiligung am politischen Leben, die Kraft zur Selbstverwaltung in dieser Zeit zurückgegangen sind und daß diese beiden auseinandergehenden Entwicklungsreihen eben nebeneinanderstehen, das sieht der Verf. nicht (z. B. S. 50–52). Für wertvoll halte ich die besondere Herausarbeitung des „Hongratiorentums“, das sich „unterhalb“ des eigentlichen Patriziates aus den gehobenen Bürgerschichten, namentlich Akademikern usw. herauszubilden beginnt (bes. S. 198 ff.).

Alles in allem: ein erfreuliches Lesebuch, geschrieben von einem Manne, der seinem Gegenstand viel Verständnis und noch mehr Liebe entgegenbringt. Er hat sich damit selbst ein Denkmal gesetzt.

Friedrich Lütge - München

Fischer, Ernst: *Die Hauszerstörung als strafrechtliche Maßnahme im deutschen Mittelalter*. Stuttgart 1957. Verlag W. Kohlhammer. 186 S.

Wenngleich es sich bei der vorliegenden Schrift um eine ausgesprochen strafrechtsgeschichtliche Untersuchung handelt, ist es doch berechtigt, auf sie kurz hinzuweisen. Ist doch die Vernichtung (Zerstörung) von Häusern (evtl. Burgen, ja ganzen Städten) auch ein wirtschaftlich relevantes Geschehen, nicht nur eine polizeiliche Maßnahme oder eine planvolle wirtschaftliche Schädigung eines Gegners oder ein Mittel, dem Geächteten mit der Zerstörung seines Hauses auch den Hausfrieden zu entziehen (vgl. dazu die Ausführungen auf S. 147 ff.). Es wäre sehr verdienstvoll gewesen, wenn der Verfasser den Versuch gemacht hätte, in etwa eine Vorstellung von dem Ausmaß, in dem diese Strafmaßnahme angewandt wurde, zu erarbeiten (die kurze Bemerkung auf S. 177 reicht dazu nicht aus). Doch lag das außerhalb der von ihm selbst gesteckten Grenzen. Er stellt im I. Teil die (in der Frühzeit oft noch recht undeutlichen) Bestimmungen über die Hauszerstörung zusammen, wie sie sich in den Volksrechten, in den Landfriedensgesetzen und verschiedenen sonstigen territorialen Rechtsquellen finden, wobei auch kurz auf adäquate Bestimmungen in skandinavischen, englischen, französischen und italienischen Gesetzen eingegangen wird. Der II. Teil behandelt die Erscheinungsformen im einzelnen, einschließlich der abgemilderten Formen wie Dachabkommen, Steuerausgießen usw. usw. und geht im besonderen dabei auf die strafrechtlichen Gründe ein.

Alles in allem gewinnt man den Eindruck von einer sorgfältigen Untersuchung, die die in der bisherigen Forschung entwickelten Kenntnisse und Erkenntnisse aufgreift und selbständig fortführt.

Friedrich Lütge - München

W ä c h t e r, H a n s - H e l m u t: *Ostpreußische Domänenvorwerke im 16. und 17. Jahrhundert.* (Beihefte zum Jahrbuch der Albertus-Universität Königsberg/Pr. XIX.) Würzburg 1958. Holzner-Verlag. X und und 186 S., XXIV S. Anhang.

Die vorliegende Arbeit ist als Dissertation bei Wilhelm Abel entstanden und reiht sich damit den sonstigen Arbeiten an, die von Abel angeregt und betreut wurden. Sie alle haben ja in erster Linie die Entwicklung der Wirtschaftsführung in den Betrieben sowie die Entwicklung der Getreidepreise und deren Rückwirkung auf die Gesamtstruktur in den Mittelpunkt gestellt. Daß sich diese Fragestellung bewährt hat, braucht kaum noch hervorgehoben zu werden.

Die Arbeit von W. verdient besondere Beachtung. Sie greift im Sinne eines Repräsentativ-Verfahrens sieben Ämter mit einer Reihe von Vorwerken heraus. Sie haben alle ihre Besonderheiten im Hinblick auf die natürlichen Bedingungen, die Produktions-, Absatz- und Bewirtschaftungsverhältnisse, bieten aber eben doch einen Querschnitt, so daß die Ergebnisse — mit gebührender Vorsicht — als für Ostpreußen gemeinsam gültig angesehen werden können.

Wichtigste Quellen sind die Amtsrechnungen des Königsberger Archivs, die jetzt in Göttingen liegen. Des weiteren hat der Verfasser die wichtigste Literatur herangezogen. Das Ergebnis ist eine gute Einsicht in die Verhältnisse des 16. und 17. Jhs. Einige Fakten, die dem Referenten besonders wichtig erscheinen wollen, seien herausgestellt: So zeigt sich deutlich, daß die rechtliche und wirtschaftliche Situation sich nicht parallel entwickeln; während im Hinblick auf die bäuerlichen Verhältnisse der rechtliche Tiefstand schon Ende des 16. Jhs. erreicht ist, wird der wirtschaftliche Tiefstand etwa 100 Jahre später erreicht (S. 182). Die unterbäuerlichen Gruppen (Gärtner usw.) sind vielfach besser gestellt als die eigentlichen Bauern, sie sind rechtlich unabhängiger, wirtschaftlich gesicherter, weniger risiko-behaftet, und sie nehmen im 17. Jh. ständig an Zahl und Bedeutung zu (S. 66 f., 183). Das bedeutet aber, daß der bäuerliche Mittelbetrieb zugunsten des Großbetriebes und des Kleinbetriebes zurückgeht. Das Anwachsen der Großbetriebe ist nicht zuletzt die Folge des Verfalles der Landesherrschaft und der Stärkung der Position des Adels, der sich dabei weitgehend auf die ihm verbundene Beamtschaft stützen kann. In Fortführung der Untersuchungen von G. Aubin und H. Plehn kann auch W. darauf hinweisen, daß die Dienste der Scharwerksbauern für die adligen Güter eine sehr viel geringere Rolle spielen als für die landesherrlichen Vorwerke (S. 45). Unterschiedlich hohe Transportkosten glich die Preisgestaltung nicht über unterschiedlich hohe Preise aus, sondern über eine Abstufung der Scheffel-Größe je nach der Entfernung vom Markt (Königsberg) (S. III des Anhanges). Schließlich sei der Zusammenhang zwischen der Entwicklung der Getreidepreise und der Anbaufläche für die verschiedenen Getreidearten hervorgehoben (S. 158 ff.).

Alles in allem eine solide gearbeitete Untersuchung mit erfreulichen Ergebnissen.

F r i e d r i c h L ü t g e - M ü n c h e n

Julius von Gierke: *Die erste Reform des Freiherrn vom Stein*. — Otto von Gierke: *Die Stein'sche Städteordnung*. Darmstadt 1957. Hermann Gentner Verlag. 64 S.

In diesem Bändchen sind zwei Reden vereinigt, deren erste Julius von Gierke am 18. Januar 1924 in der Aula der Universität Halle-Wittenberg über die erste Reform des Freiherrn vom Stein (das Edikt vom 9. Oktober 1807) gehalten hat, während in der zweiten, am 27. Januar 1909 in der Aula der Friedrich-Wilhelm-Universität Berlin gehaltenen Rede Otto von Gierke die Stein'sche Städteordnung behandelt hat. Obwohl inzwischen manches über den Freiherrn vom Stein und die von ihm eingeleiteten Reformen geschrieben worden ist, verdienen doch beide Reden auch heute noch gelesen zu werden. Deshalb ist ihr Neudruck aus Anlaß des 200. Geburtstages des Freiherrn vom Stein zu begrüßen.

Georg Jahn - Berlin

Engels, Frederick: *The Condition of the Working Class in England*. Translated and edited by W. O. Henderson and W. H. Chaloner. Oxford 1958. Basil Blackwell. 386 p.

Engels' nach eigener Anschauung und unter Benutzung authentischer Quellen gearbeitetes Buch „Die Lage der arbeitenden Klasse in England“ hat sich bei den englischen Wirtschafts- und Sozialhistorikern von jeher eines beträchtlichen Ansehens erfreut. Es wird auch heute noch als wahrheitsgetreuer Bericht über die englischen Verhältnisse in den ersten 1840er Jahren anerkannt. Da ältere Übersetzungen des Buches längst vergriffen sind, aber noch immer verlangt werden, so hat der Verlag Basil Blackwell in Oxford durch W. O. Henderson und W. H. Chaloner eine neue Übersetzung vornehmen lassen, der die deutsche Originalausgabe von 1845 zugrunde liegt. Dem Text vorausgeschickt ist eine kritische Einleitung der beiden Herausgeber sowie das Vorwort von Engels zur ersten deutschen Ausgabe. Im Anhang sind beigefügt eine Nachschrift über einen englischen Streik aus dem Jahre 1946, die Vorreden von Engels zur amerikanischen Ausgabe von 1887 und zur englischen Ausgabe von 1892 sowie eine Liste der von Engels benutzten und zitierten Quellen.

Georg Jahn - Berlin

Die deutsche Industrie im Kriege 1939 bis 1945. Berlin 1954. Verlag Duncker & Humblot, 216 S.

Wenn eines Tages noch die Wirtschaftsgeschichte des Krieges von 1939 bis 1945 geschrieben werden sollte, so wird in ihr als Quelle die vorliegende Schrift eine bedeutsame Rolle spielen müssen; denn die in ihr von Rolf Wagenführ gesammelten Tatsachen, Statistiken usw. (das Manuskript dieser Arbeit galt lange Zeit als verschollen und ist dann über Amerika wieder zu uns gekommen) bieten einen vorzüglichen Überblick über die Entwicklung der deutschen Industrie in dieser Zeit und decken die Schwächen auf, auf denen die Rüstungswirtschaft beruhte. Das Endurteil lautet: „Von der Wirtschaft und von den industriellen Produktionsmöglichkeiten her gab es keine Chance mehr, den Krieg siegreich zu beenden.“

Friedrich Bülow - Berlin

Hunold, Albert C.: *The Industrial Development of Switzerland*. Published by the Swiss Institute for International Studies, Zürich. Zürich 1954. 7, 45 S.

Bei dem sorgfältig ausgestatteten Bändchen handelt es sich um eine Sonderausgabe der von Hunold in Kairo gehaltenen und in „the series of the Fiftieth Anniversary Commemoration Lectures of the National Bank of Egypt“ veröffentlichten Vorträge. Quasi zum Geleit sind noch zwei Beurteilungen des dozierten Stoffes beigegeben worden, wovon die aus der Feder von C. Antoni — in methodologischer Sicht — die Profilierung der Bestimmungsgründe des Wirtschaftsgeschehens aus der kulturellen Umwelt rühmt, während in der anderen, einem Auszug aus dem „Economic Bulletin“ der ägyptischen Nationalbank, nach summarischer Rekapitulation der verschiedenartigen naturgegebenen Träger des Industrialisierungsprozesses der Schweiz — aus ökonomischer Vernunft — die Warnung Hunolds vor einem simplen, die bodenständigen Besonderheiten der Inlandswirtschaft ignorierenden Kopieren landfremder Industrien angepeilt wird. Der Abdruck dieser zweifachen „Empfehlung“ hätte indessen ruhig eingespart werden können, allein von sich aus besticht schon, was innerhalb der vormessenen Zeit in analytisch-kontemplativer Betrachtungsweise über Geschichte, Land, Bevölkerung und Kultur der Eidgenossenschaft, über die bekannten Exportindustrien, über Zahlungsbilanz, Wohlstand, Fremdenverkehr und Klima in Politik und Wirtschaft gesagt wurde.

Die Einführungsworte des Referenten, die Literatur über den industriellen Werdegang sei spärlich und der Sinn der Schweizer für Wirtschaftsgeschichte gering, scheinen allerdings nicht mehr ganz in die Ära jahrelanger Vollbeschäftigung und Geldfülle passen zu wollen, in eine Ära also, wo mit Mitteln für wissenschaftliche Durchdringung von national- und privatwirtschaftlichen Fragen sowie deren Verursachung nicht geizt werden muß und wegen der lebensnotwendigen Konkurrenzfähigkeit auf dem Weltmarkte auch gar nicht wird. Zum Beweis braucht man bloß die einzelnen Buchtitel in den von National-ökonomien der schweizerischen Hochschulen herausgegebenen Schriftenreihen zu überfliegen, und selbst ungeachtet der ursprünglich bzw. zugleich in der Wirtschaft tätigen Theoretiker dürfte es ebensowenig euphemistisch sein, wenn man aus dem jetzigen Stand und Ansehen der Hochschulen — von Hunold übrigens für den Bereich der „chemical science“ nachdrücklich herausgestrichen (S. 32) — abzulesen geneigt ist, daß Forschung und Wirtschaft in einer nachahmenswerten Synthese zusammengefunden haben. Im besonderen vermißt der Referent jedoch eine quellenmäßig fundierte Erklärung der Ausbreitung der Uhrenindustrie im schweizerischen Jura (S. 31), und hierzu möchte ich meinen, daß A. Pflegarth in seinem Buche „Die schweizerische Uhrenindustrie“ (Leipzig 1908) die maßgeblichen Expansionsfaktoren, nämlich die Gewerbefreiheit und den mit technischer Geschicklichkeit gepaarten Fleiß der Bergbewohner, glaubwürdig aufgestöbert hat (vgl. hierzu meine Schrift „Die Pforzheimer Bijouterie-Industrie“,

Karlsruhe 1925, S. 175 und 183 f.; P. Ullrich, Der Standort der schweizerischen Industrie, Bern 1951, S. 5 und 47).

Handelspolitiker und Unternehmer der Bundesrepublik sollten sich nun vor allem die Beschreibung der von schweizerischen Firmen in Indien eingerichteten Fabriken nicht entgehen lassen, aber auch Hunolds leise Unsicherheit über den Erfolg der „expatriation“ solcher „industrial activities“ (S. 23 ff.) gebührend zur Kenntnis nehmen. Ansonsten sei der Gesamteindruck in den Wunsch nach einem ähnlich kurzgefaßten Abriß der deutschen Industrie in englischer Sprache gekleidet.

Arthur Dissinger-Ravensburg

J a k s c h , W e n z e l : *Europas Weg nach Potsdam*. Schuld und Schicksal im Donaauraum. Stuttgart 1958. Deutsche Verlagsanstalt 524 S., 8 Bildtafeln, 6 Karten im Text, eine bunte Kartenbeilage.

Der Verfasser schildert zunächst das Anwachsen des Nationalismus in Böhmen bei Tschechen und Deutschen. Aber diese Bewegung war überall vorhanden, nicht nur in Böhmen. Jahrhunderte lang hatten sich verschiedensprachige Gemeinschaften nebeneinander erhalten, denn bäuerliche Gemeinwesen sind selbstgenügsam. Die Industrialisierung und Demokratisierung führte über das Dorf hinaus, wobei sofort die Sprachenfrage für Schule, Gericht, Verwaltung, Heer entstand und dem Nationalismus Tür und Tor geöffnet war. In Wirklichkeit war auch Frankreich kein Nationalstaat, die Ideen von 1789 waren nur durchführbar bei Umvolkung oder Zweisprachigkeit der Basken, Bretonen, Flamen, Katalanen usw. Weiter im Osten waren nationalstaatliche Ideen noch viel schwerer ohne Benachteiligung weiter Schichten durchführbar. Österreich-Ungarn war zwar keineswegs ein „Gefängnis der Nationalitäten“, aber es wurde als solches von ihnen empfunden. Der spätere Bundespräsident Karl Renner schlug seit 1906 vergeblich vor, die Donaumonarchie in einen Bund verschiedensprachiger Provinzen umzuwandeln. Das Unheil brach über das Habsburgerreich herein, die Nachfolgestaaten entstanden, in allen wurde dieselbe nationalstaatliche Politik betrieben, nichts hatte man aus der Geschichte gelernt. Die Tschechoslowakei, selbst wenn man Tschechen und Slowaken für ein Volk hält, was kaum geht, enthielt etwa 40 % Menschen anderen Volkstums. Auch hier allerlei schöne Reden, aber in Wahrheit keine Beteiligung der anderen Nationalitäten an der Staatsführung. Hier ist der Verfasser, ehem. Prager Abgeordneter, nun in seinem Element. Er schildert den Zweifrontenkrieg, den er zu führen hatte, einerseits um Beteiligung am Staate und Recht für alle, andererseits um Aufrechterhaltung der trotz allem demokratischen Tschechoslowakei gegenüber der Hitlerdiktatur. Als sudetendeutscher Sozialdemokrat sah W. Jaksch, daß das Prager nationalistische Unverständnis zu einer Zerstörung des Staates führen mußte, daß aber andererseits „Heim ins Reich“ Hunderttausende von aufrechten Demokraten Hitler auslieferte. Tausende kamen denn auch nach München in die KZ. All dies ist wohl belegt beschrieben. Dann kam der zweite Weltkrieg. W. Jaksch war in London

und bemühte sich, von Benesch und den andern Tschechenführern feste Zusagen zu erhalten, daß nach der Wiederherstellung der Tschechoslowakei diese demokratisch und volksrechtlich sein würde. Vergeblich! Denn mittlerweile war die Idee des Nationalstaates, in Ostmitteleuropa kaum verwendbar, weiter gebildet worden zu der des homogenen Nationalstaates, d. h. zur Austreibung der Andersvölkischen. Benesch und Ripka sind hier die Verantwortlichen. Ob sie schon 1939, wie W. J. behauptet, oder erst 1941 zu dieser Idee kamen, scheint mir nicht so wichtig, 1945 war jedenfalls keine Rede von Gerechtigkeit, im Gegenteil, die Welt sah furchtbare Dinge (im einzelnen geschildert) bei der Vertreibung der Sudetendeutschen. Das Weltgewissen schwieg. W. J. stellt ein Denkmal der Menschlichkeit auf: die wenigen Stimmen, die sich gegen diese Untaten erhoben. Aber vielleicht seit 1812, sicher seit 1848, machte sich für Böhmen die Raumlogik geltend: der Schatten des russischen Reiches. Nun war es zu spät für all die besonders in USA ausdiskutierten „Lösungen“, jetzt bestimmte Stalin. Auch die Entwicklung seit 1945 ist gut geschildert, W. J. kennt doch fast alle Akteure auf der Prager Bühne persönlich. Über die anderen Staaten des Donaauraums findet man nur wenig, aber Böhmen ist wirklich ein sehr lehrreiches Beispiel für denkende Menschen in aller Welt. Denn leider haben bisher z. B. Inder und Pakistanis nichts aus den europäischen Nationalitätenkämpfen des 19. und 20. Jhs. gelernt und machen dieselben Dummheiten. — Auf dem Bilde bei S. 224 handelt es sich nicht um das Warschauer Ghetto, sondern um das Lemberger.

Angenehm ist die Lektüre dieses „Zu spät“ nicht, aber das Buch ist eine wichtige Geschichtsquelle.

W a l t h e r M a a s - Braunschweig

Historische Raumforschung I (Forschungs- und Sitzungsberichte der Akademie für Raumforschung und Landesplanung, Band VI, 1956). Bremen-Horn 1956. Verlag Walter Dorn. IX, 154 S.

Im Rahmen der Forschungsberichte der Akademie für Raumforschung und Landesplanung, herausgegeben von Kurt Brüning, ist als Band VI eine Aufsatzreihe erschienen, die sich „Historische Raumforschung“ nennt. In seiner Einführung umreißt der Herausgeber das Thema, und Günther Franz fügt dem methodische Bemerkungen hinzu. Wenn Schleiermacher sich „Zur Raumordnung in den Nordwestprovinzen des römischen Reiches“ äußert, so wird damit ein historisches Thema angeschnitten, das jeden, der bislang vernachlässigte wissenschaftliche Aspekte in den üblichen Darstellungen vermißt hat, besonders interessieren wird. Daß die Behandlung der „Planung in der deutschen Ostsiedlung“ ein historisch vordringliches Problem darstellt, kann keinem Zweifel unterliegen. Es gelingt dem Verfasser dieses Aufsatzes, Walther Kuhn, die wichtigsten Aspekte zu skizzieren. Ein Spezialthema behandelt der Aufsatz von Kurt Scharlau, „Planerische Gesichtspunkte bei der Anlage der Hugenottensiedlungen in Hessen-Kassel“. In ausgesprochenem Maße historisch und für den Nationalökono-

men wirtschaftspolitisch beachtenswert ist Raths Aufsatz „Zur Bedeutung der Raumordnung im Merkantilismus“. Er entwickelt zunächst in eindringlicher Weise den Zugang zur Fragestellung, um dann die eigentlich raumordnerischen Gesichtspunkte merkantilistischer Wirtschaftspolitik zu entwickeln. Den Abschluß bildet „Ein System der Raumordnung in der Staatswirtschaftslehre“, das den Versuch unternimmt, an Hand des Werks von Justi die typisch merkantilistischen Gesichtspunkte zur Geltung zu bringen. Die Ausführungen des Verfassers stehen im Zeichen der These, daß alle Wirtschaftspolitik zugleich Maßnahmen zur Raumordnung beinhalte; man könnte auch umgekehrt sagen, daß alle Raumordnungspolitik zu gleicher Zeit Wirtschaftspolitik ist, was im besonderen Maße für den Merkantilismus Geltung hat.

Friedrich Bülow - Berlin

Friedensburg, Ferdinand: *Die Bergwirtschaft der Erde*. Bodenschätze, Bergbau und Mineralienversorgung der einzelnen Länder. Fünfte, völlig neu bearb. Auflage. Stuttgart 1956. Ferdinand Enke Verlag. XIV, 562 S.

Der Verfasser des vorliegenden Standardwerkes über die Bergwirtschaft der Erde legt als ausgesprochener Fachmann auf diesem Gebiete die fünfte, völlig Neubearbeitete Auflage des von ihm in erster Auflage 1938 veröffentlichten Werkes vor. Gegenüber den früheren Auflagen bedeutet die vorliegende eine gründliche Überarbeitung unter Berücksichtigung des unterdessen bekanntgewordenen Tatsachenmaterials. Die vom Verfasser in seiner Darstellung geübte Kritik hinsichtlich des erreichbaren Materials läßt erkennen, daß in der Erfassung der bergwirtschaftlichen Tatsachen und Zusammenhänge insofern ein Wandel eingetreten ist, als immer größere Gebiete ihr Zahlenmaterial der Bekanntgabe verschließen. Es gilt dies in erster Linie für die kommunistischen Länder. Um nur ein Beispiel zu nennen: über den Uranbergbau, der ja heute zu den wichtigsten Zweigen gehört, ist nichts bekannt.

Allen, die sich über das Vorkommen der Mineralrohstoffe auf der Erde orientieren wollen, sei dieses Buch als das wichtigste Nachschlagewerk empfohlen.

Friedrich Bülow - Berlin

Hess, Margrit H.: *Kupfer in der Weltwirtschaft mit besonderer Berücksichtigung der USA*. (Volkswirtschaftliche Schriften, Heft 17.) Berlin 1955. Duncker & Humblot. 122 S.

Die bisher in der Reihe „Volkswirtschaftliche Schriften“ erschienenen Abhandlungen stellen ohne Zweifel eine erhebliche Bereicherung unserer volkswirtschaftlichen Veröffentlichungen dar. Wenn nunmehr daran gegangen wird, auch Monographien aus der Rohstoffwirtschaft einzubeziehen, so kann dies vom wissenschaftlichen Standpunkt aus als durchaus berechtigt anerkannt werden, wengleich gerade solche Einzeldarstellungen eine umfangreiche Kenntnis des betreffen-

den Sachgebietes und deren Eingliederung in den Gesamtzusammenhang verlangen. Selbst wenn man nun zugibt, daß die Verfasserin vorhandenes Material geschickt zusammengestellt und ausgewertet hat, so vermißt man doch die für die Behandlung der Kupferwirtschaft im Rahmen der Weltwirtschaft erforderliche Vertiefung in streng wissenschaftlicher Sicht. Hinzukommt, daß lediglich die Vereinigten Staaten von Amerika berücksichtigt werden und die Ausdrucksweise oft sehr mangelhaft ist.

Friedrich Bülow - Berlin

Krüger, Karl: *Raum, Volk, Technik*. (Mensch und Welt, Eine Schriftenreihe zu den Fragen unserer Zeit, Band II.) Bonn 1954. H. Bouvier u. Co. Verlag. 95 S.

Der durch seine Arbeiten auf dem Gebiete der Raumforschung bekannte Autor und Vertreter der Technogeographie legt in der vorliegenden Schrift einen Grundriß vor, der im Zeichen der Kategorien Raum, Volk und Technik das spezifische Anliegen des Verfassers auseinandersetzt. Ausgehend von der These, der Wohlstand der Völker lasse sich eher steigern, die Gefahr der Übervölkerung auf der Erde wirksamer beheben, je mehr Menschen sachlich-technisch zu denken und zu handeln gelernt haben, werden die das technogeographische Denken beherrschenden Erkenntnisse in vier Kapiteln entwickelt, von denen die beiden mittleren (Regionaltechnik und Technogeographie, Raum-Volk-Technik, Die Einsparung von Kraft und Stoff) für den Volkswirt am wichtigsten sind. Die Stärke des Verfassers liegt darin, daß er in einer selten anzutreffenden Weise technisches und geographisches Wissen miteinander verbindet.

Friedrich Bülow - Berlin

Das Vest. Ein dynamischer Wirtschaftsraum. Herausgegeben von Universitätsprofessor Dr. H. J. Seraphim im Rahmen der Veröffentlichungen des Instituts für Siedlungs- und Wohnungswesen der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster (Westf.). Recklinghausen 1955. Verlag Aurel Bongers. XVI, 304 S., Tab. Anhang I—XII.

Die Veröffentlichung dieses Ergebnisses einer regionalen Raumforschung ist ein guter Beleg dafür, wie fruchtbar sich die Methoden der Raumforschung in ihrer Anwendung auf einzelne Landschaften und die Untersuchung ihrer Wirtschafts- und Sozialstruktur sowie deren Wandlungen bewähren. Die Stärke der vorliegenden Untersuchung über die sozialwirtschaftliche Entwicklung und Struktur des Vestes Recklinghausen liegt naturgemäß im Detail der Nachweise für die verschiedenen Gebietsteile. Während die Ausführungen des Teiles A sich der Analyse der verschiedenen Strukturelemente widmen, erfüllt Teil B die Aufgabe, die im Bereich des Siedlungs- und Wohnungswesens vorhandenen Probleme zu durchleuchten. Die besondere Aktualität liegt in der Einbeziehung der Frage der Eingliederung der Heimatvertriebenen.

Friedrich Bülow - Berlin

Geyer, Herbert: *Untersuchungen über die Theorie des dynamischen makroökonomischen Kernprozesses*. (Frankfurter wirtschafts- und sozialwissenschaftliche Studien, herausgegeben von der wirtschafts- und sozialwissenschaftlichen Fakultät der Johann-Wolfgang-Goethe-Universität Frankfurt am Main, Heft 2.) Berlin 1958. Duncker & Humblot. 170 S.

Wie der Autor eingangs hervorhebt, hat Keynes' Abkehr vom klassischen „Prinzip der verfügbaren Produktionsfaktoren“ (oder „Prinzip des effektiven Angebotes“) und die Verwendung des „Prinzips der effektiven Nachfrage“ zur Bestimmung des aktuellen Niveaus wirtschaftlicher Aktivität die entscheidende Wendung auch in der Analyse des sogenannten volkswirtschaftlichen Kernprozesses gebracht (S. 9). Der Ausdruck „Kernprozeß“ ist im Sinne Jöhns als „primäre konjunkturelle Bewegung“ zu verstehen, die von strukturellen Faktoren bald begünstigt, bald gedrosselt wird. In sehr gründlicher Übersicht behandelt die Schrift die lehrgeschichtliche Ausbildung der Elemente sowie die systematischen Grundzüge der „Theorie des dynamischen makroökonomischen Kernprozesses“, von der besonderen Problemstellung und Methodik über die Analyse der Fonds in der sozialökonomischen Dynamik der klassischen Lehre, der volkswirtschaftlichen Strömungsgrößen und der kapazitiven Effekte der Investition sowie der Interdependenz von Produktionskapazität und Einkommensströmen in der Prozeßanalyse bis zur Untersuchung der Produktionsstruktur und der Kreislaufschemata im Kernprozeß, während abschließend Verlaufskonstruktionen des dynamischen makroökonomischen Kernprozesses entwickelt werden. Die meisten Resultate dieser Arbeit wurden mit dem Verfahren der Differenzgleichungen gewonnen. Es ist ausgeschlossen, in einer knappen Anzeige mehr als diese Hauptlinien der Studie mitzuteilen, die literarisch sorgsam fundiert wurde und neben einem Querschnitt durch den jüngsten Stand der dynamischen Theorie eine ganze Reihe eigener Beiträge Geyers darbietet, die zudem eine betont kritische Haltung erkennen lassen. Es sei allerdings nicht verschwiegen, daß die (nicht nur von der Sache selber her) schwierige Diktion des Autors die Mehrzahl der Leserschaft in einige Verlegenheit setzen dürfte. Eine stellenweise üppige Fremdwörterschwelgerei mutet wie eine Geheimsprache an. Die Anwendung der Mathematik wirkt dagegen wie eine Erlösung.

Antonio Montaner - Mainz

Braeutigam, Harald: *Konjunktur — Wirtschaftsordnung — Wiedervereinigung*. Die Koinzidenz der wirtschafts- und außenpolitischen Aufgaben. Bad Godesberg 1956. Verlag des Instituts für Geozozoologie und Politik. 69 S.

Der Verfasser ist bemüht, von einer wirtschaftlichen, politischen und soziologischen Diagnose deutscher und allgemeiner Zeitgeschichte her einen Beitrag zur programmatischen Vorbereitung der Wiedervereinigung Deutschlands zu leisten. Die Einleitung „Sozialismus und

Liberalismus in der Krise“ rückt den erstarrten Ideologien des Ostens und des Westens zu Leibe und mündet in die Forderung ein, „durch Konzipierung einer neuen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung einerseits eine für beide Seiten akzeptable Lösung zu finden, andererseits Vorkehrungen zu treffen, daß Deutschland dabei nicht in den Sog des Kommunismus gerät oder auch nur das ihm vom Westen entgegenbrachte Vertrauen verliert“ (S. 11). Das weiß oder meint heute hierzulande wohl jeder. Für einen „liberalen Sozialismus“ muß deshalb die Parole lauten: „Subsidiäre staatliche Kapitalbildung zur Verhütung einer dritten Inflation, zur Aufrechterhaltung der Vollbeschäftigung, zur Hebung des allgemeinen Lebensstandards, zur Beendigung der Lohn-Lohn- und der Lohn-Preis-Spirale sowie der die demokratische Staatsordnung gefährdenden Machtkämpfe zwischen den ‚Sozialpartnern‘, zum Schutze der Sparer, zur Besserstellung der Sozialrentner und zur Beseitigung der preislichen Disparität zwischen Industrie und Landwirtschaft“ (S. 14). Im Hauptteil „Von der Konjunkturpolitik zur neuen Wirtschaftsordnung“ wird der mit dem „geschickt gewählten Schlagwort von der ‚sozialen Marktwirtschaft‘“ (S. 15) etikettierten westdeutschen Nachkriegswirklichkeit das Modell einer „liberal-sozialistischen Marktwirtschaft“ gegenübergehalten, deren besonderen Vorteil der Autor darin sieht, daß ihr „wesentlicher Gehalt sich in genau umreißbare, abstrakte ‚Spielregeln‘ fassen und damit in einen festen konstitutionellen Rahmen einfügen läßt“. Infolgedessen kann die „Rennstrecke“ der Wirtschaftspolitik eindeutig abgegrenzt und innerhalb dieser „Marschroute“ den Individuen wie den „Planern“ genügend Bewegungsfreiheit belassen werden (S. 60). Die um der wirtschaftspolitischen Kontinuität willen verfassungsmäßig niederzulegenden Grundsätze dieser Art von Marktwirtschaft hätten sich im wesentlichen zu beschränken auf Preispolitik, Einkommenspolitik, subsidiäre staatliche Kapitalbildung, Währung und Koordinierung der Investitionen. Im Schlußabschnitt wird die ernste Frage aufgeworfen, was vom Tage X an mit den „volkseigenen Betrieben“ geschehen soll, und der detaillierte Entwurf von sieben Verfassungsartikeln zur konstitutionellen Verankerung des künftigen sozialen Status Gesamtdeutschlands (vornehmlich um der „Politik eines langsam, aber stetig sinkenden Preisniveaus bei konstantem Nationaleinkommensniveau aller Festbesoldeten“ Gewähr zu bieten) wiedergegeben. „Erst wenn die westliche, die ‚christliche‘ Welt ihren sträflichen Hochmut überwindet und ihre Überzeugung aufgibt, daß sie allein auf dem richtigen Wege sei, daß sie allein den göttlichen Willen vollziehe und der Gegner von der alten, unveränderten Position aus erfolgreich bekämpft und überwunden werden könne, erst wenn sie sich in vollem Ausmaß ihrer eigenen schuldhaften Versäumnisse bewußt wird und durch tätige Reue büßt, dann wird sich gerade auch für sie der ‚Antichrist‘ erweisen als ‚ein Teil von jener Kraft, die stets das Böse will und stets das Gute schafft‘“ (S. 69).

Man darf dem Autor bescheinigen, daß er sich freimütig mit vielen grundlegenden und spezielleren Problemen auseinanderzusetzen ver-

sucht hat, die eine Wiedervereinigung Deutschlands wirtschafts- und gesellschaftspolitisch aufwirft. Da ihrer Lösung wenigstens gedanklich heute schon vorgearbeitet werden sollte, kann die Schrift breitesten Interesses sicher sein. Freilich lehrt die Schrift auch, was alles noch bedacht und getan werden muß und wie manches sich doch dem Zugriff des Planungskalküls entzieht. „Was man nicht weiß, das eben brauchte man.“

Antonio Montaner - Mainz

Weidler, Waldemar: *Konjunkturzyklus — der Irrtum des Geldes*. Die Entdeckung eines Außenseiters der Nationalökonomie. Selbstverlag des Verfassers, München 25, Wolfratshauer Str. 26.

Der Verfasser hat vollständig recht, sich bereits auf der Titelseite als Außenseiter zu bezeichnen. Neben einigen Binsenwahrheiten enthält das Buch des Verfassers, der sich zur extremsten Planwirtschaft bekennt, außerordentlich viel Dilettantisches und ist durch eine weitgehende Unkenntnis großer Teile der modernen Literatur gekennzeichnet. Im allgemeinen kann man wohl dazu sagen: Was gut ist, ist nicht neu und was neu ist, ist nicht gut. Das Buch ist das Produkt unverdauten wirtschaftlichen Materials und unverstandener Literatur, soweit eine Kenntnis derselben überhaupt vorliegt. Interessant ist eigentlich nur, wie weit extremste zwangswirtschaftliche Vorstellungen heute schon in den Köpfen von Außenseitern herumspuken.

Richard Kerschagl - Wien

Veit, Otto: *Der Wert unseres Geldes*. Frankfurt/Main 1958. Fritz Knapp Verlag. 276 S.

Unter einem Titel, der alles andere vermuten läßt und manchen irreführen mag, veröffentlicht der Verf. Vorträge und Aufsätze aus den Jahren 1951 bis 1957. Er gliedert sie in drei Teile. Erster Teil: Zur Währungspolitik, Zweiter Teil: Zur Volkswirtschaftlichen Lehre vom Geld, Dritter Teil: Zur Soziologie des Geldes. Im ersten Teil weist sich der Verf. als gründlicher und nachdenklicher Sachkenner der Währungsprobleme, der Zentralbankpolitik, der Geldverfassung aus. Manche Gedanken und Anregungen, die von ihm stammen, sind heute noch wert, gründlich überprüft und in die fachliche Diskussion einbezogen zu werden. Dies gilt insbesondere für seine grundsätzliche Auffassung der Geldpolitik im Verhältnis zur Kreditpolitik, für seine zeitig ausgesprochenen, leider nicht beachteten Warnungen und Empfehlungen zum Bundesbankgesetz, es gilt außerdem hinsichtlich der von ihm aufgezeigten Gefahren des Staatskredits und der Identifizierung von öffentlichem Interesse und Staatsinteresse in Fragen der Währungspolitik. Seine gründlichen Kenntnisse des Außenhandels kommen ihm bei seiner Beurteilung der Marktwirtschaft, des Kreditmarktes und des Wettbewerbs im Kreditmarkt zugute. In seiner „Deutung des Zinses“ (S. 125—134) weist er sich als sicherer Kenner und Beurteiler der einschlägigen Fachliteratur des In- und Auslandes aus.

Leider gilt dies nicht für alle Sachgebiete und Grundauffassungen des ersten Teils. Seine Gleichsetzung von Geld und Gut unter dem Gesichtspunkt der Liquidität kann ebensowenig Zustimmung finden wie seine Unterscheidung räumlicher Stabilität im Sinn stabiler Wechselkurse und zeitlicher Stabilität im Sinn eines stabilen Preisniveaus (S. 31, 70). Auch die Ansicht, jede Kreditrestriktion wirke auf den Zins, kann nicht gelten, so wenig wie die Gleichsetzung von Zins und Investitionsertrag (S. 128, 159). Die vom Verf. angezeigte geistige Verwandtschaft zwischen Adolph Wagner und L. Albert Hahn (S. 109, 153) dürfte ebenso befremden wie die behauptete, vom Nominalismus hergeleitete geistige Verwandtschaft von Georg Fr. Knapp und Abba P. Lerner (S. 238). Es scheint eine Spezialität des Verf. zu sein, solche und ähnliche geistige Verwandtschaften aufzuzeigen, Gegensätze zu überbrücken, Unterschiede zu verringern, Widersprüche zu überwinden, Probleme auszusöhnen, Konflikte aufzulösen und Differenzpunkte zum Verschwinden zu bringen (vgl. S. 214—231).

Der zweite Teil enthält die überwiegend referierende Besprechung von A. Amonn zu dem 1949 erschienenen Buch des Verf. über „Volkswirtschaftliche Theorie der Liquidität“. Der Verf. hätte sich in seinem „Korreferat“ wenigstens mit den wichtigsten einschlägigen Veröffentlichungen (A. Hahn, Nöll von der Nahmer, F. Voigt, R. Stucken, A. Forstmann) auseinandersetzen müssen.

Der dritte Teil geht weit vom Thema ab und befaßt sich mit philosophischen, theologischen, historischen und juristischen Fragen, die angeblich eine geistesgeschichtliche Grundlegung zu einer ökonomischen Theorie des Geldes vorbereiten sollen. In diesem Teil werden große und kleine Geister reichlich strapaziert, Platon und Aristoteles, Thomas von Aquin und William Occam, Goethe, Hegel und Schelling, Martin Heidegger, Franz Kafka, Jean Paul Sartre und viele andere, aber keiner so wie der Leser.

Zahlreiche Stellen der neu gedruckten Aufsätze und Vorträge sind durch die Ereignisse oder durch eindeutige Feststellungen der Fachwelt widerlegt.

H a n n s L i n h a r d t - N ü r n b e r g

Veit, Otto: *Die veränderte Währungspolitik und ihre Folgen.*

Herausgegeben vom Institut für das Kreditwesen der Johann Wolfgang Goethe-Universität Frankfurt/Main. Frankfurt/Main 1957. Fritz Knapp Verlag. 182 S.

Die unter Mitwirkung von Owe Peters, Bertfried Stodermann und Hermann Bödler entstandene Untersuchung zeigt insbesondere in ihrem ersten Teil sehr wichtige allgemein wirtschaftliche Zusammenhänge auf. Auch der zweite und dritte, überwiegend historische Teil ist sowohl als Materialsammlung wie als geschickte Darstellung bestehender Zusammenhänge interessant. Auch die Kritik der Zinsfußpolitik, mit der sich der Schreiber dieser Zeilen besonders befaßt hat, ist, soweit sie geübt wird, sicherlich richtig. Der Kritiker möchte allerdings glauben, daß es n o c h zwei Paradoxa des Zinses gibt, die über die Dar-

stellung des Autors hinausgehen, nämlich den Versuch, Zinsfußpolitik zur Herbeiführung von Preissenkungen zu verwenden, während sie gleichzeitig gegenseitige Wirkungen auf der Kostenseite auszulösen vermag, und zweitens die Ungleichmäßigkeit der Auswirkungen jeder Zinsfußpolitik je nach Kapitalsintensität der jeweiligen Unternehmungsformen. Jedenfalls ein bemerkenswertes und interessantes Buch.

Richard Kerschagl - Wien

Meyer, Ingeborg: *Geldwertbewußtsein und Münzpolitik* — *Das sogenannte Gresham'sche Gesetz im Lichte der Verhaltensforschung*. Herausgegeben von Staatssekretär Prof. Dr. h. c. Leo Brandt im Rahmen der Forschungsberichte des Wirtschafts- und Verkehrsministeriums Nordrhein-Westfalen, Köln und Opladen 1957. Westdeutscher Verlag. 79 S.

Die Arbeit ist zweifellos insofern ein Verdienst, als sie eine gute dogmengeschichtliche Übersicht über das Gresham'sche Gesetz, seine Vorgänger und seine Nachläufer gibt. Es ist auch der Verfasserin zuzustimmen, wenn sie erklärt, daß es sich hier um kein Gesetz im Sinne üblicher ökonomischer Gesetze handle, und daß das, was schließlich übrig bleibt, bestenfalls nur ein Spezialfall des allgemeinen ökonomischen Gesetzes vom relativ größten Erfolg mit dem relativ kleinsten Einsatz sei. Mir scheint jedoch, daß es zweckmäßig gewesen wäre, noch den sehr charakteristischen Umstand näher zu untersuchen, daß es sich hier um einen Spezialfall des sogenannten „Gesetzes der unechten Preise“ handelt oder, genauer gesagt, um die Tatsache, daß es im Wesen der Zwangswirtschaft mit dekretierten Preisen liegt, daß bei unter dem natürlichen Preis liegenden Preisen einer einzelnen Sparte dort ein Überkonsum und im gegenteiligen Fall ein Unterkonsum automatisch eintritt. „Gelenkte Wirtschaft ist geschenkte Wirtschaft.“ Entscheidend ist vor allem auch der Umstand, daß bei der Konkurrenz von stoffwertem und nichtstoffwertem Geld oder von Geld mit geringerem Stoffwert und höherem Stoffwert der einen Geldsorte eine der wesentlichsten Eigenschaften des normalen Geldes fehlt, nämlich seine Thesaurierungsfähigkeit. Es laufen dann eben inflatorische Geldsorten neben nichtinflatorischen Geldsorten nebeneinander, wobei sich die inflatorischen Geldsorten durch den gleichen Annahmezwang auf dem Markt halten. Ihre „Deckung“ besteht in der Staatsgewalt, beziehungsweise deren Durchsetzung in Form der Strafgewalt des Staates. Auf diese Weise fehlt der anderen Geldsorte der Charakter des Auslandsgeldes, und sie wird reines Inlandsgeld, so daß schon durch den Unterschied zwischen Inlands- und Auslandsgeld die eine Geldsorte höherwertig wird.

Mit Recht hat die Verfasserin auch auf die Bedeutung des Momentes hingewiesen, daß das Insbewußtseintreten der Tatsache der Unterwertigkeit beziehungsweise der Überwertigkeit wichtig ist. Es wäre auch wichtig festzuhalten, daß gerade im 20. Jahrhundert nach einer Serie schrecklicher Inflationsperioden die Empfindlichkeit des Be-

wußtseins für solche Tatsachen auch bei dem Mann auf der Straße außerordentlich zugenommen hat.

Richard Kerschagl-Wien

Lierow, Hans-Joachim: *Der Geldschöpfungskoeffizient der Kreditbanken in der Bundesrepublik*. (Volkswirtschaftliche Schriften, Heft 30), Berlin 1957. Verlag Duncker und Humblot. 69 S.

An sich zweifellos eine interessante Untersuchung, insofern sie im Stile der „applied economy“ die praktische Anwendung theoretischer Grundsätze zur besseren Erkenntnis konkreter Tatbestände und Erfahrungen versucht. Für fragwürdig halte ich allerdings die nicht von dem Verfasser geschaffenen Grundlagen des sogenannten Geldschöpfungskoeffizienten. An der Spitze dieser Probleme steht die heute schon in fast allen anglo-amerikanischen Ländern erörterte Frage, inwieweit Giralgeld wirklich einfach mit deposits gleichzusetzen sei. Bekanntlich stellen die deposits, bevor mit einem Scheck darüber verfügt wird, nur potentielles und nicht virtuelles Giralgeld dar, also gewissermaßen schlafende oder gefrorene Kaufkraft. Hierzu kommt noch eine Reihe technischer Probleme; es ist, zum Beispiel, keineswegs richtig, wie der Verfasser sagt, daß Notengeld und Giralgeld ohne weiteres und unbeschränkt gegeneinander umtauschbar seien. Bekanntlich besteht der größte Teil der ausgegebenen Schecks nicht aus Kassaschecks, sondern aus Überweisungs- oder gekreuzten Schecks, welche gewissermaßen einen eigenen Kreislauf bilden, der den Zeichengeldkreislauf nicht einmal schneidet. Diese Frage ist also unseres Erachtens noch weit von ihrer endgültigen Lösung entfernt. Auch die Unterscheidung zwischen theoretischem und wirklichem Geldschöpfungskoeffizienten klärt diese Frage keineswegs grundsätzlich, wengleich er schon eine gewisse Verfeinerung darstellt. Man kann daher den vom Verfasser gebrauchten Begriff des Geldschöpfungskoeffizienten nur als eine von mehreren möglichen gedanklichen Konstruktionen betrachten, deren generelle Anwendbarkeit zur Lösung theoretischer Probleme daher etwas problematisch erscheint. Mit dem Vorbehalt, daß es sich hier noch keineswegs um eindeutig erkannte, geschweige denn entschiedene Probleme handelt, ist das Buch zweifellos eine interessante Untersuchung.

Richard Kerschagl-Wien

Stützer, Rudolf: *Die Wertpapieranlage der Kreditinstitute; Untersuchungen am Beispiel der englischen Banken*. (Untersuchungen über das Spar-, Giro- und Kreditwesen, Band 5.) Berlin 1957. Verlag Duncker & Humblot. 157 S.

Eine sehr interessante Abhandlung, vor allem deshalb, weil sie einen guten Einblick in spezifisch englische Verhältnisse gewährt. Ob man die Meinung des Verfassers bedingungslos akzeptieren darf, die er auf Seite 151 seines Buches zum Ausdruck bringt, ist allerdings eine Frage: „Ganz allgemein läßt sich abschließend feststellen,

daß auch aus einer Deflationspolitik, wie sie unter den heutigen Bedingungen möglich erscheint, keine Liquiditätsschwierigkeiten für die Banken zu erwarten sind. Den Banken erwachsen auch von der Liquiditätsseite her keine Schwierigkeiten aus ihrer längerfristigen Wertpapieranlage. Für die Notenbank allerdings ‚sitzt der Stiefel am anderen Fuße‘, um eine englische Redewendung zu gebrauchen.“ Mit anderen Worten bedeuten nämlich diese Sätze, daß die Banken dann keine Liquiditätsschwierigkeiten zu erwarten haben, wenn die Notenbank jederzeit bereit ist, im Ernstfall doch einzuspringen, das heißt aber, zwar nicht generell, aber doch nach Überprüfung konkreter Fälle, ihre Deflationspolitik irgendwie wieder aufzuheben. Voll zustimmen kann man hingegen der Meinung des Verfassers, daß zur Inflationsbekämpfung nicht nur monetäre Mittel einzusetzen sind, was schließlich zu dem für die heutige Zeit charakteristischen Zustand führt, daß eine autonome Währungspolitik außerhalb des Rahmens der allgemeinen Wirtschaftspolitik in unserem Zeitalter kaum mehr möglich erscheint. Richtig ist auch die Bemerkung des Verfassers, daß die Banken gegebenenfalls durch stärkere Aufnahme von langfristigen Wertpapieren zur Überbrückung einer bestehenden Spaltung zwischen Geldmarkt und Kapitalmarkt beitragen können, eine Anschauung, die, gemessen an den bisherigen Anschauungen, wohl als unorthodox gelten muß. Ebenso sicher ist allerdings, daß starke Anlagen in festverzinslichen Wertpapieren bei den Banken nicht nur auf die Wirksamkeit, sondern auch auf die Durchführbarkeit ihrer Diskontopolitik nicht ganz ohne Einfluß bleiben können.

Richard Kerschagl - Wien

Triffin, Robert: *Europe and the Money Muddle — From Bilateralism to Near-Convertibility, 1947—1956*. New Haven 1957. Yale University Press. 351 p.

Eine außerordentlich bedeutungsvolle Untersuchung, deren Hauptwert in ihrer wirtschaftsgeschichtlichen Darstellung liegt. Die Tendenz des Buches, nämlich auch dem Nichtfachmann klarzumachen, welch weitgehende Änderungen in den Grundlagen der Währungspolitik im letzten halben Jahrhundert erfolgt sind, ist sicher richtig und wertvoll. Theoretisch bietet das Buch kaum etwas Neues, doch wird es auch dem Theoretiker durch kluge Darstellung der auch ihm interessanten Ziffern nicht nur Anregung, sondern auch manchmal eine Korrektur allzu spekulativer und abstrakter Anschauungen vermitteln. Den Schlußfolgerungen des Verfassers kann man durchaus zustimmen: „Das fundamentale Dilemma internationaler Wirtschaftsbeziehungen im zwanzigsten Jahrhundert liegt in der Unvereinbarkeit nationaler Souveränität als letzter Entscheidungsbasis für politische Entscheidungen und ihrer verwaltungsmäßigen Durchführung in einer Welt, die auf gegenseitiger Abhängigkeit aufgebaut ist. Dieses Dilemma kann weder über Nacht durch eine plötzliche und radikale Veränderung unserer Institutionen oder unserer Denkungsweise gelöst werden. Die Tage einer Weltregierung sind noch nicht da. Das

Massenaufstauen und gegenseitige Überschneiden internationaler und regionaler Institutionen seit dem zweiten Weltkrieg hat den logisch Denkenden sowohl in Besorgnis als in Enttäuschung versetzt...“

Richard Kerschagl - Wien

N u s s b a u m, A r t h u r: *A History of the Dollar*. New York 1957. Columbia University Press. 308 p.

Eine äußerst interessante und solide wirtschaftsgeschichtliche Darstellung des amerikanischen Währungswesens, die organisch aufgebaut und historisch gut übersichtlich ist. Der Wert der Arbeit liegt unter anderem auch in der Auswahl der amerikanischen Literatur sowie in der Übersicht über die einschlägigen Kongreßakten, ein Material, das dem europäischen Leser keineswegs immer leicht zugänglich ist. Die theoretische Fundierung der Arbeit läßt an einigen Stellen zu wünschen übrig, und die angeführten europäischen Werke währungspolitischen Charakters sind zum Teil „alte Schinken“, die heute kaum eine auch nur begrenzte Bedeutung haben. Der Verfasser scheint über den gegenwärtigen Stand der europäischen Publikationen auf dem Gebiete auch nur der Währungspolitik, geschweige denn der Geldtheorie — begreiflicherweise —, keineswegs so gut im Bilde zu sein, wie dies bei ihm hinsichtlich der amerikanischen Literatur der Fall ist. Das Buch ist sehr flüssig geschrieben und leicht lesbar, ohne aber in bezug auf Seriosität des Inhaltes die gezogenen Grenzen zu überschreiten. Jedenfalls ein Buch, das insbesondere dem Wirtschaftsgeschichtler und dem Forscher auf dem Gebiete der praktischen Währungspolitik wertvollste Hinweise zu geben imstande ist.

Richard Kerschagl - Wien

S i n e w e, K l a u s E.: *Grundlage und Entwicklung des internationalen Zahlungsverkehrs nach dem zweiten Weltkrieg* (Schriften zur wirtschaftswissenschaftlichen Forschung, Band 2.) Meisenheim 1954. Westkulturverlag Anton Hain. 171 S.

In der vorliegenden Studie gibt Verfasser auf verhältnismäßig knappem Raum eine Darstellung der wechselvollen und schwierigen Versuche zur Neuordnung des internationalen Zahlungsverkehrs nach dem zweiten Weltkrieg. Gestützt auf das umfangreiche amtliche Quellenmaterial und die wichtigste, den Problemkreis behandelnde wissenschaftliche Literatur beschränkt sich Sinewe vorwiegend auf die Verhältnisse internationaler monetärer Zusammenarbeit im europäischen Raum.

Im Mittelpunkt der Arbeit steht das Abkommen über den internationalen Währungsfonds als eine Konzeption für die Wiederherstellung der mit der Aufgabe des Goldstandards verlorengegangenen zwischenstaatlichen Zahlungsordnung. Der erste Abschnitt (S. 14 bis 55) zeigt die Notwendigkeit einer Verwirklichung der in der Konvention von Bretton Woods postulierten überregionalen Zusammenarbeit am Beispiel der Erfahrungen nach dem ersten Weltkrieg. Auf

die technischen Mängel des Goldstandards hinweisend — die „Abhängigkeit eines internationalen Währungssystems (und damit der gesamten Weltwirtschaft) von der verfügbaren Goldmenge“ (S. 15) — hebt Verfasser als Bestimmungsgründe für den Zusammenbruch der internationalen Ordnung vor allem die zunehmende Kartellierung und Preisstarrheit sowie die mit dem Autarkiestreben wichtiger Welt-handelsländer verbundene autonome Währungs- und Konjunkturpolitik zur Sicherung der binnenwirtschaftlichen Stabilität hervor. Die durch Devisenbewirtschaftung, Handelsbeschränkungen und Bilateralismus gekennzeichneten Zahlungsverkehrspraktiken, „die die Existenz eines einheitlichen internationalen Währungssystems nicht ersetzen konnten und eine wirkliche Stabilität der Weltwirtschaft erschwerten“ (S. 23), legen noch in der Gegenwart der internationalen Zusammenarbeit starke Bindungen auf. Für die Wiederherstellung des internationalen Gleichgewichts fordert Sinewe demnach neben einer Koordinierung der Währungspolitik vor allem auch die gegenseitige Abstimmung der allgemeinen Wirtschafts- und internationalen Handelspolitik. Für eine rasche Beseitigung dieser Hürden auf dem Wege zur Konvertibilität der Währungen boten die Konventionen von Bretton Woods jedoch keine ausreichende Grundlage, da die Kompetenzen des Weltwährungsfonds angesichts der Forderung nach genügend wirtschaftspolitischem Spielraum für die einzelnen Länder zu gering sind (S. 53). Wenn die Existenz dieses Fonds für die Nachkriegsentwicklung des internationalen Zahlungsverkehrs dennoch von Bedeutung ist, so deshalb, weil die Verpflichtung zur Einhaltung einmal festgelegter Wechselkurse und die Verhinderung konkurrierender Währungsabwertungen bereits ein stabilisierendes Element für die internationalen Beziehungen darstellen, andererseits aber auch Einsicht und guter Wille aller Beteiligten zur Zusammenarbeit zugekommen haben.

In einem zweiten Abschnitt (S. 56 bis 126) über die „tatsächliche Entwicklung und Probleme des internationalen Zahlungsverkehrs in Europa nach dem zweiten Weltkrieg“ zeigt Verfasser straff gegliedert das schrittweise und regional begrenzte Vorgehen von zunächst streng am Prinzip des Bilateralismus festhaltenden Vereinbarungen der europäischen Staaten untereinander bis zur Schaffung einer Clearingzentrale in der EZU. Während die ersten zweiseitigen Abkommen eine leichtere Abwicklung des Zahlungsverkehrs durch gegenseitige Einräumung limitierter Kredite ermöglichen sollten, führten das Einsetzen der Marshall-Plan-Hilfe und die Zusammenarbeit in der OEEC zu mehreren innereuropäischen Zahlungs- und Verrechnungsabkommen, die durch spätere Einräumung auch multilateraler Ziehungsrechte den intereuropäischen Gütertausch wesentlich belebten. Da insbesondere die Ziehungsrechte nach Schätzungen der zu erwartenden Defizite festgelegt wurden, die tatsächlichen Salden von diesen Schätzungen teilweise jedoch stark abwichen, so daß vielfach eine Verschärfung der Schuldner- bzw. Gläubigerpositionen die Folge war, andererseits die Berechnung der Ziehungsrechte auf

der „Bruttogrundlage“ erfolgte, mangelte diesen Systemen eine ausreichende Anpassungsfähigkeit an die tatsächliche Entwicklung des Außenhandels (S. 105). Diese Unelastizität konnte erst mit Gründung der EZU weitgehend überwunden werden, als nun jedes Teilnehmerland die Gesamtheit der übrigen Mitgliedsländer, einschließlich ihrer abhängigen Gebiete, als ein einziges Währungsgebiet betrachten kann, wobei im Rahmen bestimmter Quoten die kumulativen Überschüsse und Defizite durch Goldzahlungen oder Kreditgewährungen ausgeglichen werden. Gegenüber den Zielsetzungen der Konventionen von Bretton Woods — insbesondere der Forderung nach weltweiter Lösung des internationalen Zahlungsverkehrs — ist die EZU jedoch nur einem Meilenstein gleichzusetzen.

Begrüßenswert ist, daß Sinewe die praktischen Auswirkungen der einzelnen Zahlungs- und Verrechnungsabkommen der Nachkriegszeit an Hand von Statistiken darzulegen versucht. Es handelt sich um eine anschauliche Darstellung der Entwicklungsetappen auf dem Wege zu einem geordneten, marktwirtschaftlichen System des internationalen Zahlungsverkehrs, die dem Leser die Möglichkeit bietet, sich ohne großen Zeitaufwand und unter Umgehung von Nebensächlichkeiten einen umfassenden Überblick über das noch heute durchaus aktuelle Problem zu verschaffen. Helga Markmann-Aachen

Meyer-Dohm, Peter: *Der westdeutsche Büchermarkt*. Eine Untersuchung der Marktstruktur, zugleich ein Beitrag zur Analyse der vertikalen Preisbindung. (Ökonomische Studien, herausgegeben vom Institut für Außenhandel und Überseewirtschaft der Universität Hamburg, Heft 1.) Stuttgart 1957. Gustav Fischer Verlag, VIII, 203 S.

Hampe, Asta: *Die freie Mietpreisbildung*. Ein Beitrag zur Theorie der „Marktmiete“. (Ökonomische Studien, herausgegeben vom Institut für Außenhandel und Überseewirtschaft der Universität Hamburg, Heft 2.) Stuttgart 1958. Gustav Fischer Verlag, VIII, 176 S.

Die mit den beiden vorliegenden Heften begonnene Schriftenreihe greift mit ihrem Namen und bereits mit den Titeln dieser ersten Publikationen über das Arbeitsgebiet hinaus, das dem Institut für Außenhandel und Überseewirtschaft an der Universität Hamburg als Editor gewohntermaßen zugewiesen ist. Schiller begründet dies als Institutsleiter in seinem Vorwort zu Heft 1 damit, daß sich die überkommenen Gebiete der Speziellen Volkswirtschaftslehre zu integrierenden Bestandteilen einer einheitlichen und umfassenden Wirtschaftswissenschaft entwickelt haben und daß alle diese und andere Spezialfächer unserer Disziplin notwendigerweise auf den Ergebnissen und Methoden der allgemeinen Ökonomik fußen. „So wäre es kaum angebracht, eine Schriftenreihe, die zudem auch den wissenschaftlichen Nachwuchs zu Wort kommen lassen will, spezialistisch auf Außen- und Überseewirtschaft zu begrenzen. Eine ökonomische Schriftenreihe muß heute vielmehr nach allen Seiten offen sein“ (S. V). Diese Überzeugung

dürfte sicherlich keinem Widerspruch begegnen, da Wirtschaftstheorie und wissenschaftliche Wirtschaftspolitik in ihrer Objektbestimmung auf einer gemeinsamen ontologischen und erkenntnistheoretischen Basis ruhen. Deshalb hat auch eine systematisch-methodologische Scheidung in Grundlagen- und Zweckforschung eine ungleich größere analytische Reichweite als das Festhalten an einer starren Fachhuberei. Diesem tieferen Anlaß dafür, nationalökonomische Schriftenreihen nicht nur für ein Einzelgebiet abzusperren, mag freilich noch das praktisch näherliegende Bedürfnis des Hochschullehrers beitreten, seinen publizistischen Aktionsradius nicht auf den allfälligen Amtsbereich eines Institutsdirektors kürzen zu lassen.

In seiner Studie „Der westdeutsche Büchermarkt“ behandelt Meyer-Dohm nach einleitenden Betrachtungen zur Marktstruktur als Untersuchungsobjekt und zur Problematik der vertikalen Preisbindung die Preisfixierung am Büchermarkt in einem historischen Rückblick bis zum Konditionssystem von 1764 und analysiert alsdann die Struktur des westdeutschen Büchermarktes in den Stufen Verlagswesen, Bucheinzeln- und Zwischenbuchhandel, Ramschmarkt und Verbraucherschicht. In Exkursen werden internationale Preisvergleiche und ein statistisch-deskriptiver Querschnitt durch den Bücheraußenhandel eingeschaltet. In diesem Hauptabschnitt dürften nach Ansicht des Rezensenten die Ausführungen des Verfassers über den regionalen Aufbau und die Standortskomponenten der Verlagsunternehmungen und über die Verbraucherseite des Büchermarkts besonderes Interesse finden. Es folgt eine knappe Darstellung der Preisbildung und -bindung am westdeutschen Büchermarkt, auch im Vergleich mit außerdeutschen Büchermärkten, sowie abschließend eine Analyse der strukturellen Wandlungen des Angebots (Buchgemeinschaften, Taschenbücher) und des Lesebedürfnisses.

Asta Hampes Schrift „Die freie Mietpreisbildung“ ist vornehmlich auf die interventionsfreie Mietpreisbildung an städtischen Wohnungsmärkten abgestellt, was damit gerechtfertigt wird, „daß staatlich gesteuerte Mieten hervorgegangen sind aus Mietpegeln, die sich marktwirtschaftlich gebildet hatten“ (S. 5). Die Autorin prüft zunächst die generellen Merkmale und Formen der Wohnungsmärkte und macht hierbei von den markttheoretischen Kriterien der Markttransparenz, der Zugangs-, Teilnahme- und Austrittsbeschränkungen, des Gutscharakters und der Produktionsdauer von Wohnraum usw. klugen und fruchtbaren Gebrauch. Hieran schließt sich eine gründliche Würdigung der Angebots- und der Nachfrageseite des Wohnungsmarktes, der Mietpreisbildung und der Korrelation von Mietenbewegung und allgemeinem Konjunkturverlauf. Der Anhang enthält einige aufschlußreiche statistisch-ökonomische Belege zur quantitativen Fundierung verschiedener preis-, lohn- und konjunkturtheoretischer Deduktionen.

Beide Schriften sind alles in allem ein vielversprechender Auftakt dieser neuen Reihe. Bleibt es bei diesem Standard und beim Vorsatz des Herausgebers, auf die Grenzgebiete und gemeinsamen Bereiche

von quantitativer Theorie und Empirie sowie von Theorie und Wirtschaftspolitik den Schwerpunkt der „Ökonomischen Studien“ zu legen, so wird ein verlegerisches Wagnis damit kaum verbunden sein.

Antonio Montaner - Mainz

B u s s m a n n , K a r l : *Das betriebswirtschaftliche Risiko*. Meisenheim am Glan 1955. Verlag Anton Hain K.G.

Der Verf. beschäftigt sich zunächst kurz mit der Entstehung des Wagnisproblems, dann ausführlich mit dem Begrifflichen. Im 3. Teil: „Das Funktionelle“, dem eigentlichen Hauptteil des Buches, setzt er sich das Ziel, „die Wagnisfunktionen auf der ganzen Breite der betriebswirtschaftlichen Ebene zu erfassen, d. h.: betriebswirtschaftlich-erkenntniskritisch, betriebswirtschaftlich-verfahrensmäßig sowie handels-, steuer- und preisrechtlich, soweit das Recht im Allgemeinen betriebswirtschaftliche Bereiche berührt“ (S. 7). Die Ausführungen sind dabei überwiegend auf den Industriebetrieb abgestellt.

Schwerpunkte der Abhandlung sind einmal die Einzelwagnisse, und hier insbesondere die Organisation der Wagniserfassung und -verrechnung sowie die Behandlung der Wagnisse im Handels-, Steuer- und Preisrecht, und zum anderen die Berücksichtigung der Risiken bei der Ermittlung des Unternehmungswertes. Damit hat der Verf. versucht, in einer geschlossenen Darstellung die verschiedenen Gebiete aufzuzeigen, in denen eine rechnerische Erfassung von Wagnissen bzw. betrieblichen Risiken erforderlich wird. Dieser Versuch muß wohl als gelungen bezeichnet werden. Zweifellos haben die Kalkulation von Einzelwagnissen und die Berücksichtigung des allgemeinen Unternehmerwagnisses in der Gewinnspanne, haben ferner die Risiken bei der Unternehmungsbewertung noch heute erst-rangige Bedeutung, zumal die dabei auftretenden Probleme z. T. weder in der betriebswirtschaftlichen Theorie noch in der Gesetzgebung einheitlich bzw. restlos befriedigend gelöst sind. Speziell zur Frage der Bewertung der Unternehmung als Ganzes gehen auch heute noch die Meinungen stark auseinander. Allein aus diesem Grund dürfte das Buch starkes Interesse finden.

Bussmann zeigt sich hier auch als Praktiker. Die Darstellung und Beurteilung der Gesetzgebung und die Behandlung der organisatorischen Fragen innerhalb des Rechnungswesens machen die vorgelegte Schrift zu einem wertvollen kleinen Handbuch für den Praktiker. Andererseits hat sich der Verf. nicht auf die für den Praktiker interessanten Fragen des Rechnungswesens beschränkt, sondern er analysiert das Wagnisproblem auch von der Theorie her. Desgleichen ist die von ihm aufgezeigte Methode zur Bewertung des Risikos innerhalb von Unternehmungsbewertungen von der Theorie her erarbeitet. Diese Methode dürfte sogar für die Vertreter der mathematischen Richtung innerhalb der Betriebswirtschaftslehre von Interesse sein.

Im einzelnen wären folgende Punkte hervorzuheben: Wagnis bzw. Risiko ist Verlustgefahr (S. 19). Als Ursache nennt der Verf. irdische Unzulänglichkeiten. Es handelt sich also um eine generelle Erschei-

nung im menschlichen Leben, aus übergeordnetem Geschehen abgeleitet. Daraus folgert der Verf., das Wagnis sei nicht wesentlicher Bestandteil des Unternehmerbegriffes, zwischen den Begriffen Unternehmer und Risiko beständen keine direkten Zusammenhänge (S. 15). Risiken waren schon in der geschlossenen Hauswirtschaft zu meistern, nicht erst im „abgeleiteten“ Betrieb (ein sehr unschöner Terminus, den der Verf. erfreulicherweise nur in der Einleitung gebraucht). Bussmann setzt sich mit dieser Frage sehr ausführlich auseinander, unter Hinzuziehung der Wagnisbegriffe zahlreicher Autoren. M. E. ist eine solche Problemstellung zum Unternehmerbegriff für eine derart ausführliche Analyse nicht fruchtbar genug. Entscheidend ist die Erkenntnis, daß das Wagnis die Gewinnerzielung und sogar das betriebliche Vermögen gefährdet (S. 26), und darin ist sich Bussmann mit allen anderen Autoren einig.

Innerhalb seiner Auseinandersetzung mit dem Wagnisbegriff greift Bussmann (S. 12) meine Auffassung an, wonach — innerhalb meiner Unterscheidung nach natürlichen Kostengruppen — das Risiko zu den Kapitalkosten zählt. Er hält dem entgegen, daß z. B. Beständewagnisse als Unterkosten der Hauptkostenart „Material“ bezeichnet werden könnten. Bussmann legt hier einen anderen Schnitt. Innerhalb meiner Unterscheidung in natürliche Kostengruppen sind die kalkulatorischen Wagnisse nichts anderes als Kapitalkosten. Das wird klarer, wenn man sämtliche Wagnisse als das sieht, was sie sind, nämlich als Kapitalwagnisse, auch wenn man diesen Kapitalbegriff auf die rechte Bilanzseite abstellt. Dem steht nicht entgegen, daß z. B. das Beständewagnis bei der Gemeinkostenverteilung dem Materialbereich zugerechnet wird.

Bis in die ersten Abschnitte des 3. Teiles (etwa bis S. 29) bietet das Buch überwiegend Ausführungen (z. T. auch Angriffspunkte) für den Theoretiker, danach wird es für den Praktiker interessant. Bussmann sagt sehr richtig, daß mit der rechnerischen Berücksichtigung der Wagnisse noch keine Gewähr für die Umwandlung in Ertrag, sondern nur deren Ermöglichung gegeben ist (S. 31). Auf die ausführliche und gute Darstellung zur Organisation der Wagniserfassung (S. 33 ff.) wurde bereits verwiesen, desgleichen auf die Ausführungen zur juristischen Seite (S. 46 ff.). Besondere Berücksichtigung verdienen bei der Wagniserfassung nach Bussmann 1. die Bestimmung des Beobachtungszeitraumes, 2. die Bewertung der effektiven Verluste, 3. die Bezugsbasis, 4. die kontinuierliche Weiterführung der Statistik über die Effektivverluste (S. 35). Hervorzuheben sind ferner die ausführlichen Buchungsbeispiele zu den Schwerpunkten der Abhandlung und die Untersuchung zur steuerlichen Anerkennung der derivativen Firmenwertabschreibung (S. 59 ff.).

Der Wagnisfunktion bei der Ermittlung des Unternehmenswertes widmet der Verf. ein ganzes Kapitel (S. 70 ff.), wobei er das Schwergewicht auf die Ertragswertermittlung legt. Nachdem er meine Auffassung aus 1926 („Wir müssen gestehen, daß es

eine Norm für die Bemessung des Risikos ... nicht gibt“) anführt, weist er auf den inzwischen erreichten hohen Grad der Weiterentwicklung unserer Disziplin in Verbindung mit den Möglichkeiten betriebswirtschaftlicher Auswertung von mathematischen Methoden hin. Dadurch könne gerade das Problem der Wagnisfunktion bei Ertrags-, Substanz- und Geschäftswert weiterentwickelt und einer Lösung zugeführt werden (S. 72). Anschließend an eine in der Formulierung sehr harte, um nicht zu sagen ungerechte Kritik an der bisher üblichen Korrektur des Kapitalisierungsfaktors hinsichtlich des betriebsindividuellen Betriebsrisikos (vgl. S. 75, Abschnitt cc; der Verf. hätte hier gut getan, die von ihm angegriffenen Autoren zu nennen) entwickelt Bussmann ein Verfahren zur Bestimmung des wagnisbereinigten Ertragswertes. Dabei geht er etwa folgenden Weg: Unsicher bleibt nach wie vor die Unvorhersehbarkeit der äußerlich bedingten Wertänderungseinflüsse. Dies sollte aber um so mehr Anlaß sein, bei der Wertermittlung selbst so exakt als möglich zu verfahren (S. 72). Ertragswert ist kapitalisierter Ertrag, d. h. die Größe, die den Barwert aller, dem Rechenvorgang zugrundegelegten Erträge eines wirtschaftlichen Gutes in einem bestimmten Zeitraum darstellt. Nun bedeuten die Bestimmungsgründe des allgemeinen Unternehmerwagnisses nichts anderes als die gestaltenden Momente der Gewinnerfolge. Das mögliche Abweichen der zukünftigen Ertragsziffern von denen der Vergangenheit stellt das Wagnis dar, welches der Unternehmer eingeht. Der (auf den landesüblichen Zins als Ausgangsbasis) zu addierende Wagnisaufschlag muß daher dem Verhältnis von Gewinnstetigkeit zu Gewinnunstetigkeit gleich sein. „Damit ist das allgemeine Unternehmerwagnis im mathematisch verwertbaren Sinn als Gewinnerzielungswagnis zu definieren und kann daher am Ausmaß der Gewinnschwankungen bzw. an den Amplituden der Gewinnerfolge gemessen werden“ (S. 76). Der Verf. sucht also eine Methode, wonach die jährlichen Schwankungen der Gewinne eines statistischen Zeitraumes in einer Zahl ausgedrückt werden können. „Der Quotient aus einer solchen Zahl im Verhältnis zu den summierten Gewinnen desselben Zeitraumes ergibt sodann, mit 100 multipliziert, die in Prozenten ausgedrückte durchschnittliche Amplitude der Gewinnerfolge“ (S. 76).

Zur Durchführung wählt der Verf. die Methode der Trenderrechnung nach gleitendem Durchschnitt. In einem ausführlichen Zahlenbeispiel errechnet er einen wagnisbereinigten Ertragswert $E = 491\,545$ Geldeinheiten, hier TDM (S. 85 oben). Dieses in der Durchführung doch recht umständliche Verfahren wird man sehr skeptisch beurteilen müssen, zumal hier mit mathematischen Methoden gerade die Faktoren ausgewertet werden, die den größten Unsicherheitsgrad enthalten, nämlich die zukünftigen Gewinne. Entweder, man kann die zukünftige Ertragslage in etwa fixieren, dann braucht man im Rahmen der praktischen Genauigkeitsgrenzen bei der Ermittlung des Ertragswertes einer Unternehmung keine Trendberechnung mehr. Oder aber, die zukünftige Ertragslage ist sehr unsicher und überhaupt nicht

fixierbar; dann aber wird eine Verarbeitung der Zahlen in Form von Gleichungen der Ausgleichsline 3. Grades geradezu unsinnig.

Das Buch enthält schließlich noch sehr lesenswerte Hinweise zur Substanzwertermittlung wie auch zur Funktion des Wagnisses im Rechnungswesen. Hier wird wiederum mehr der Praktiker angesprochen.

Konrad Mellerowicz - Berlin

Vogt, Fritz Joh.: *Hintertüren der Buchführung*. Freiburg i. Brsg. 1957. Rudolf Haufe Verlag. 279 S.

Der Einbau von Hintertüren in die Buchführung zwecks Täuschung des Finanzamts wird in den meisten Fällen durch den amtlichen Betriebsprüfer entlarvt, denn ihm steht ein umfangreiches Vergleichsmaterial aus der gleichen Branche zur Verfügung. Eine als unvollständig erkannte Buchführung besitzt keine Beweiskraft, so daß der Steuerpflichtige sich der Gefahr einer steuerlich schädlichen Schätzung und u. U. einer empfindlichen Steuerstrafe aussetzt. Außerdem begünstigt eine unvollständige Buchführung Unterschlagungen durch das eigene Personal, deren Verhütung oder Aufdeckung nicht Aufgabe der amtlichen Betriebsprüfung oder der privaten Steuerberatung ist und die nur durch eine zweckmäßige Organisation der Buchführung einschließlich des Belegwesens erreicht werden kann.

Das flüssig geschriebene Buch vermittelt dem Leser folgende Erkenntnisse: 1. Ordnungsmäßige Buchführung bietet Schutz und macht sich bezahlt, weil sie vor Schaden bewahrt. 2. Nur die rechtzeitige Revision nützt. 3. Steuerliche Mißbräuche bleiben bei dem hohen Stand der amtlichen Betriebsprüfung nur vorübergehend unentdeckt. 4. Die Buchführung ist die unentbehrliche Grundlage der Geschäftsführung und auf keinen Fall nur für das Finanzamt da. Andererseits ist die amtliche Betriebsprüfung keine Organisationsprüfung und keine Unterschlagungsprüfung.

Hermann Funke - Berlin

Fourastié, Jean: *Die große Hoffnung des zwanzigsten Jahrhunderts*. Köln-Deutz 1956. Bund-Verlag GmbH. 320 S.

Der Verfasser gibt in seinem, in Frankreich schon mehrfach aufgelegten Buch einen ausgezeichneten Überblick über die Entwicklung der technischen Produktivität und die mit ihr verbundenen ökonomischen und sozialen Probleme. Ein wichtiges Kennzeichen des technischen Fortschritts besteht in der zunehmenden Bedeutung der Planungs-, Konstruktions- und Vorbereitungsarbeiten. Die Bedeutung der landwirtschaftlichen Produktion wird relativ weiter abnehmen, während der industrielle Bereich der Volkswirtschaft zunächst noch wachsen wird. Das unterschiedliche Wachstum der drei Sektoren der Volkswirtschaft erklärt sich aus dem unterschiedlichen Verlauf von Produktion und Verbrauch. Fortschreitende Produktion hat nicht auch fortschreitenden Verbrauch zur Folge. Die unverhältnismäßige Ausdehnung des tertiären Sektors, der die technischen und wirtschaftlichen Dienste in sich schließt, ist bedingt durch den technischen

Fortschritt in den beiden anderen Sektoren und durch das Streben der Konsumenten nach einem komfortablen Lebensstandard.

Der Verfasser möchte durch seine Sektorenanalyse und seine Untersuchung der verschiedenartigen Zunahme von Produktion und Verbrauch einer Wissenschaft der Wirtschaftsentwicklung eine neue Grundlage geben. Zu diesem Zweck bedient er sich wirtschaftsgeschichtlicher, wirtschaftssoziologischer, wirtschaftsstatistischer und modelltheoretischer Untersuchungen. Im ganzen macht sich hierbei die naturwissenschaftlich-technische Einstellung des Verfassers zu sehr geltend. Auch das geschichtsphilosophische Gedankengut des Marxismus scheint die Ideen des Verfassers mannigfach zu bestimmen. Es ist mehr ein Glaube als eine wissenschaftliche Feststellung, daß wir „den Mechanismus der Gesamtentwicklung klar begriffen haben müssen“, um die Übergangsperiode, in der wir uns befinden, verstehen zu können (242).

Drei Grundtendenzen wirken in Richtung einer „Verringerung der augenblicklichen Unmenschlichkeit der industriellen Arbeit“: 1. Die fortschreitende Senkung der Beschäftigtenzahl, 2. Die neue Ausrichtung der wissenschaftlichen Arbeitsorganisation, 3. Die Verkürzung der Arbeitszeit (bei einer Verlängerung der Schulzeit und wissenschaftlichen Ausbildung).

Besonders wichtig erscheint mir der wiederholte und von verschiedenen Gesichtspunkten erfolgende Hinweis auf den Wandel der Verbrauchsstruktur, den zunehmenden Bedarf an Dienstleistungen oder, wie Fourastié sich ausdrückt, die „Eroberung der Wirtschaft durch den tertiären Sektor“. „Sekundärer Verbrauch erfordert Zeit, tertiärer Verbrauch spart Zeit“ (275). In jedem Beruf vermehren sich die tertiären, geistigen Aufgaben im Verhältnis zu den manuellen Aufgaben. „Da die Planung des technischen Fortschritts im steigenden Maße geistige Arbeit verlangt, entfallen vielleicht eines Tages auf einen einzigen körperlich Arbeitenden hundert geistig Tätige“ (276). Man glaubt heute immer noch, daß nur der zählt, der eine Maschine bedient. „Doch zeigt sich immer klarer, daß in Wirklichkeit Organisation, Einkauf und Verkauf, Buchführung, Forschung und Leitung im wissenschaftlichen Sinne des Wortes die Voraussetzungen für Fortschritte in der Produktion schaffen“ (277). Da diese Überlegung zutrifft, darf die tertiäre Arbeitsproduktivität nicht auf ihrem jetzigen Stande bleiben. Eine mögliche, heute schon fast wahrscheinliche „tertiäre Unterproduktion“ bedroht das moderne wirtschaftliche und gesellschaftliche Gefüge. Der Verfasser nimmt für die nächsten vierzig Jahre eine „Verdoppelung der tertiären Gesamtproduktivität“ an. Er kann dies aber nur tun, weil er nach seinen Worten „fanatisch an die Wirksamkeit der wissenschaftlichen Arbeitsorganisation, der wissenschaftlichen Rationalisierung der menschlichen Arbeit glaubt“ (280).

Eine weitere Verkürzung der Arbeitszeit hat einen höheren tertiären Bedarf zur Folge. Da dieser aber ohne weiteres nicht be-

friedigt werden dürfte, muß sich die Menschheit fragen: „Sollen wir diese Beschränkung des Lebensstandards hinnehmen oder die jetzige Arbeitszeit beibehalten und dadurch versuchen, ihn zu erhöhen?“

Fourastié nimmt an, daß die wirtschaftliche Entwicklung von maßgeblicher Bedeutung ist für den gesellschaftlichen und politischen Fortschritt, daß Recht und Politik den materiellen Bedingungen des gesellschaftlichen Lebens untergeordnet sind. Da es nach seiner Meinung so sehr auf Beständigkeit und Normalität der wirtschaftlichen Entwicklung ankommt, sind sachgerechte Informationen von entscheidender Bedeutung. Ohne solche Informationen fehlt es an der notwendigen Voraussicht. Den Wirtschafts- und Sozialwissenschaften kommt infolgedessen für die Zukunft größte Bedeutung zu. „Glücklicherweise befinden sich die Sozialwissenschaften heute in vollem Aufschwung. ... Nach hundertfünfzig Jahren Stillstand bereiten die Wirtschafts- und Sozialwissenschaften eine Ernte vor, deren Bedeutung für den Menschen bald die der Naturwissenschaften übertreffen wird“ (295). Der Optimismus des Verfassers ist beispiellos! „Geistige Bildung und Kultur werden glänzend sein; die Hälfte oder drei Viertel der Bevölkerung werden eine hochschulmäßige Bildung haben. Bildungsstand, aufgelockertes Wohnen, Freizügigkeit und Initiative selbst in untergeordneter Arbeit und die Vielfalt der Verkehrsmittel und Erholungsmöglichkeiten werden in wenigen Generationen die individualistischen, persönlichen Neigungen des Menschen fördern und entwickeln“ (311). Da aber in der tertiären Zivilisation einige Hunderte von Spezialisten die Herren über das Schicksal von Millionen von Menschen sein werden, wird der Staat zwecks Wahrung der Gemeininteressen hohe Verantwortung übernehmen müssen. Das Buch endet so mit einer fast utopischen Aussicht. Die Frage bleibt offen, welches Sinnes die Menschen sein werden und wie sie ihre individuell-persönliche Freiheit nutzen, wahren, ja überhaupt verstehen werden. Das Buch regt zum Denken und Forschen an. Es trägt gewiß auch zum besseren Verständnis der modernen Welt bei.

Herbert Schack-Berlin

Giner, *Romed: Beiträge der katholischen sozialen Strömungen im Frankreich der Gegenwart zur Lösung der sozialen Frage*. Eine kritische Würdigung. Innsbruck 1956. Universitätsverlag Wagner. 86 S.

Der Soziale Katholizismus verlangt, die Wirtschaft am Sittengesetz auszurichten, und lehrt — wie der traditionelle Sozialismus — den unbedingten Vorrang der sozialen Belange vor den wirtschaftlichen (S. 7 f.), denn „der wesentliche Zweck der Gesellschaft ist ... die menschliche Person, der alles unterzuordnen ist“. Werturteile sind für ihn objektive und damit wissenschaftliche Kategorien, der Werturteilstreit gilt als *ad acta* gelegt. Aber sollten wir uns nicht objektiverweise eingestehen, daß er in uns allen weiter fortlebt, wo Glaube

und Intellekt solange einander zur Entscheidung drängen, als wir irren können? Welche „wahre“ politische, wirtschaftliche und soziale Gemeinschaft heißt es aufzubauen, welche „vollkommene“ Gesellschaft sollen wir errichten, wenn „die Antwort auf diese Grundfragen nur vom Menschen selber kommen“ kann (S. 9)? Auch die handfestesten Axiome entheben uns nicht der Verantwortung vor Gott und Menschen, sie zwingen uns zu bekennen, wo wir zu erkennen meinen. Vielleicht versteht man jedoch von hier aus das Anliegen des Autors noch besser, die Konsequenzen der Anwendung christlicher Sozialprinzipien auf die Ordnung des Wirtschaftsgeschehens — was speziell die Lösung der sozialen Frage im heutigen Frankreich betrifft — kritisch zu überdenken.

Nach einer kurzen Charakteristik des französischen Sozialen Katholizismus seit La Tour du Pin, de Mun und Harmel zeichnet der Verfasser ein eindringliches Bild von der Würde und Freiheit der menschlichen Persönlichkeit und handelt hierauf das Eigentumsproblem in seiner gesellschaftlichen Tragweite sowie neuere praktische Lösungsversuche zu einer Strukturreform der Unternehmung ab, die insbesondere das Verhältnis von Kapital und Arbeit im Sinne der katholischen Soziallehre umgestalten soll. In den beiden Schlußkapiteln befaßt sich Giner mit dem Fragenkreis der Sozialisierung und Wirtschaftssteuerung („Wirtschaftsplanungs- und Lenkungsmaßnahmen erfließen aus den Prinzipien der christlichen Soziallehre“, S. 53 ff.; der von der „Geistnatur“ im Menschen koordinierte Wirtschaftsablauf wird von Giner mit der Eigenbewegung von Turnern verglichen, die eines Vorturners bedürfen, l. c.) und mit den realen Voraussetzungen und Gliederungskriterien eines korporativ organisierten christlichen Sozialstaates. Hierbei „könnte es zwischen Sozialem Katholizismus und gemäßigtem Sozialismus in einer korporativen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung in naher Zukunft zu einer Begegnung und zu einem bestimmten Ausgleich kommen“. Die trotz weitgehender Ähnlichkeit der beiderseitigen positiven Lösungsvorschläge „weiter bestehenden tiefen Gegensätze sind ... zuvörderst weltanschaulicher Natur“ (S. 82) (?). Ohne Zweifel bietet die Broschüre dem Nationalökonom nützliche Belehrung. Leider fehlt im Literaturverzeichnis die vorzügliche Tübinger Dissertation von Bruno Molitor, „Korporativismus — Versuche und Probleme sozialökonomischer Organisation“ (1952).
A n t o n i o M o n t a n e r - M a i n z

J e c h t, H o r s t: *Ökonomische Probleme der Produktivitätsrente.* (Schriftenreihe des Bundesarbeitsministeriums, Heft 4.) Stuttgart 1956. W. Kohlhammer Verlag. VII, 80 S.

Die Studie geht aus von dem seitens des Bundesarbeitsministeriums vorgelegten „Grundentwurf für eine Neuregelung des Rechts der Rentenversicherung der Arbeiter“ in der Fassung vom 7. April 1956. Der Autor erörtert die Gestaltungsmöglichkeiten und die ökonomischen Wirkungen dieses Planes und macht darüber hinaus Vorschläge, die geeignet sein könnten, den mit der Verwirklichung dieses

Reformprojektes verknüpften Gefahren zu begegnen (Vorwort S. V). Im I. Abschnitt behandelt Jecht die Entwicklung und den letzten Stand der deutschen Rentenversicherung und legt ihre Eigentümlichkeiten und Mängel in einer gedrängten Übersicht dar. Der II. Abschnitt macht mit den allgemeinen Problemen der Rentenanpassung bekannt und zeigt, wie diese mit Hilfe des Prinzips der „Produktivitätsrente“ (bezogen auf die Entwicklung der Preise, der Löhne oder des Sozialprodukts) auszugestalten wäre. Auf die Beschreibung der statistisch-technischen Durchführung dieser drei Methoden folgt im III. Abschnitt die Analyse ihrer wirtschaftlichen Auswirkungen. Den Einflüssen der Produktivitätsrente auf die langfristige Wirtschaftsentwicklung wird dabei besondere Beachtung geschenkt. Die eigentliche Problematik liegt nicht in der methodischen Konstruktion der Produktivitätsrente, „sondern in ihrer Verknüpfung mit der in der geplanten Reform erstrebten Erhöhung der Rentenbezüge“ (S. 53 f.), d. h. in der zukünftigen „Rentenbelastung“ und ihren gesamtwirtschaftlichen Konsequenzen. Hierüber werden eingehende Berechnungen angestellt. Um die voraussichtlichen Wirkungen weiter zu präzisieren, werden neben den Ausgaben der Rentenversicherungen auch ihre Finanzierungsquellen — erhöhte Versicherungsbeiträge, öffentliche Zuschüsse, Verzicht auf einen Teil der bisherigen Vermögensbildung bei den Versicherungsträgern — geprüft. Wie Jecht im IV. Abschnitt zusammenfassend ausführt, übt die Aufbringung der Finanzierungsmittel beträchtliche Einflüsse auf die Verwendung des Sozialprodukts aus (S. 77 ff.). Die eigentlich kritische Frage im Rahmen der Rentenreform bleibt die Einbeziehung von Bevölkerungsschichten, die bisher in besonderem Maße Träger der freiwilligen Ersparnisse gewesen sind (S. 79). Hinzu kommt die Entscheidung darüber, ob die erwerbstätige Bevölkerung bereit ist, ihre eigene Bedarfsdeckung zugunsten einer angemessenen Versorgung ihrer älteren Mitbürger einzuschränken. Die Abhandlung Jechts bekundet aufs neue, wie sehr sich jede Rentenreform ihrer ökonomischen Grenzen und ihrer Rückwirkungen auf die Sozialstruktur bewußt bleiben muß.

Antonio Montaner - Mainz

Frank, P.: *Das Problem der Nichtseßhaftenfürsorge im Lande Nordrhein-Westfalen*. Bielefeld 1955. Deutscher Heimat-Verlag, 68 S.

Die an den Begriff der Beheimatung anknüpfende Gliederung des Bevölkerungsstandes unterscheidet nach dem Wohnortsprinzip Vertriebene, Zugewanderte und Einheimische. Diese Personenkreise werden in der Bevölkerungsfortschreibung bzw. in ihren beiden Komponenten, der Statistik der natürlichen Bevölkerungsbewegung und der Wanderung, außerdem laufend erfaßt. Die Unterscheidung im Hinblick auf das Verhältnis von Wohnort zu Arbeitsort führt zum Begriff der Pendler. Für alle diese Unterscheidungen liegt statistisches Material in erheblichem Umfang vor. Nicht in gleicher Weise gilt dies für die

Unterscheidung nach dem Merkmal der Seßhaftigkeit, wobei dieser Begriff negativ aus dem fürsorgerechtlichen Begriff der Nichtseßhaftigkeit definiert erscheint. Die Zahl der unter letzteren fallenden Landstraßenwanderer wird von Frank für März 1955 auf ungefähr 300 000 Personen im Bundesgebiet geschätzt. Für diesen Monat unternahmen die Landesfürsorgeverbände Rheinland und Westfalen-Lippe in Verbindung mit dem Städte- und Landkreistag sowie den caritativen Verbänden eine namentliche Zählung. Über den von vorausgegangenen Erhebungen vermittelten Überblick über Umfang und Brennpunkte des Landstraßenwandererverkehrs hinaus zielte diese Zählung auf einen Einblick in die Struktur der Nichtseßhaftengruppe. Die Ergebnisse dieser Zählung, mit der einer Aufforderung des Bundesinnenministers vom 22. Juli 1953 zur besonderen Beachtung der Nichtseßhaftenfürsorge gefolgt wurde und die rd. 15 000 nichtseßhafte Personen umfaßte, bilden den Ausgangspunkt der vorliegenden Schrift. Aus der soziologischen Analyse strebt diese zur sozialpolitischen Anwendung, deren Ziel in einer sinnvollen Ordnung der Nichtseßhaftenfürsorge gesehen wird. Hierzu regt der Verfasser insbesondere eine Überwindung der Massenquartiere an, die Rückführung zweckentfremdeter Einrichtungen der Nichtseßhaftenfürsorge, die Schaffung spezieller Einrichtungen für heimat- und obdachlose Jugendliche am Rande der Großstädte, die Vermeidung des Abschiebens an andere Fürsorgeeinrichtungen und eine Neuorientierung auf dem Gebiete der Arbeitsfürsorge. Besondere Aufmerksamkeit wird dem Kostenproblem gewidmet, für dessen bundeseinheitliche Lösung Frank die Übernahme des nordrhein-westfälischen Verrechnungssystems durch die übrigen Länder empfiehlt. Als gesetzliche Hilfe der hiermit angestrebten Resozialisierung dieses entwurzelten Personenkreises wird ein ergänzendes Fürsorgegesetz zur Ausführung des Art. 104 GG gefordert.

H a n s S p e r l i n g - Wiesbaden

Fünf Jahre BDI. Aufbau und Arbeitsziele des industriellen Spitzenverbandes. Herausgegeben vom Bundesverband der Deutschen Industrie. Heider-Verlag Bergisch Gladbach. 231 S.

Das Verbandsproblem ist heute stärkstens nicht nur sozialökonomisch, sondern vor allem auch soziologisch in den Vordergrund des wissenschaftlichen Interesses gerückt. Dementsprechend ist auch ein Band wie der vorliegende, der es sich zur Aufgabe macht, fünf Jahre der Entwicklung des Verbandes der deutschen Industrie (1949—1954) darzustellen, als aktuell zu begrüßen. Nach einer kurzen Einführung von Fritz Berg werden von verschiedenen Bearbeitern der Aufbau und die Arbeitsziele sowie die Organisation des Verbandes kurz und prägnant dargestellt. Dem Soziologen insbesondere sei der Abschnitt von Gustav Stein über den Unternehmer nach 1945 empfohlen.

F r i e d r i c h B ü l o w - Berlin